

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

53 (28.11.1947)

Süddeutsche Allgemeine

Ercheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM — 30, monatlicher Bezugspreis RM 2.50 (inkl. RM — 20 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 1.50 zuzüglich Zustellgebühr.

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 35 mm br. Nonp-Zelle Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pforzheimer Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtansgabe RM 2.—. Amtl. Anzeigen 50% Nachsch.

1. Jahrgang / Nummer 53

Freitag, den 28. November 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages

Beratung über Oesterreich — Erklärungen der Minister zum Deutschlandproblem — Gegensätzliche Auffassungen

London, 27. Nov. (Dena-Reuters) Die Außenminister der vier Großmächte beschlossen am zweiten Tag der Londoner Konferenz, den Staatsvertrag mit Oesterreich als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Sie einigten sich ferner über die Reihenfolge, in der die sechs Punkte ihrer Tagesordnung behandelt werden sollen.

Die Tagesordnung lautet wie folgt:
1. Erörterung des österreichischen Staatsvertrages.
2. Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages einschließlich Verfahrens- und Grenzfragen.
3. Wirtschaftliche Prinzipien für die Zukunft Deutschlands.
4. Form und Umfang der vorläufigen deutschen Regierung.
5. Untersuchungen über die Durchführung der auf der Moskauer Außenministerkonferenz aufgestellten Anweisungen, über die Entmilitarisierung in Deutschland.

Die Debatte um Deutschland

Englisches und französisches Memorandum zum deutschen Aufbau

London, 27. Nov. (Dena-Reuters) Gegenstand der Sitzung am Donnerstag war der zweite Punkt der Tagesordnung: Die Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages (Grenzen und Verfahren). Bevin betonte in einer Erklärung zum grundlegenden britischen Dokument über Deutschland, das bereits auf der Moskauer Konferenz und auf der Mittwochssitzung der Außenminister vorgelegt worden war, daß Großbritannien die Bildung einer deutschen Zentralregierung befürworte. Die sowjetische Forderung auf sofortige Bildung einer deutschen Zentralregierung war am Mittwoch das Hauptthema der Erklärung Molotows. Außenminister Marshall willigte ein, daß das britische Dokument als Verhandlungsgrundlage angenommen werden sollte. Sowohl Bevin als auch Marshall wandten sich gegen die Behauptung Molotows, daß die bestehende Oder-Neiße-Grenze zwischen Deutschland und Polen, die auf der Potsdamer Konferenz festgelegt wurde, endgültig sei. Nach Ansicht Großbritanniens und der Vereinigten Staaten blieben diese Grenzen provisorisch, bis sie auf einer Friedenskonferenz bestätigt würden. Molotow legte dann ein sowjetisches Dokument über Deutschland vor.

London, 27. Nov. (Dena) Das vom britischen Außenminister Ernest Bevin auf der Londoner Konferenz dem Außenministerialrat vorgelegte Memorandum, das den Standpunkt Großbritanniens zum deutschen Friedensvertrag umreißt, erinnert laut AFP an die wichtigsten Grundsatze, von denen sich die Besatzungsmächte leiten lassen sollten und forderte für die Zukunft eine Reihe po-

litischer Prinzipien: Eine deutsche Verfassung, die auf dem Recht aufbaut und die Teilung der Gewalt zwischen den gesetzgebenden Körperschaften der Länder und der Zentralregierung sicherstellt. Danach würden die Länder alle Vollmachten erhalten, die nicht ausdrücklich der Zentralregierung übertragen werden. — Ferner Rechtseinheit, vor allem in den Grundprinzipien des Zivil-, Handels- und Strafrechts, wirtschaftliche Einheit auf den Gebieten des Zolls, Außenhandels sowie der Ein- und Ausfuhrkontrolle.

Paris, 27. Nov. (Dena-Reuters) Der neue französische Premierminister Robert Schuman gab in einer Rundfunkansprache an das französische Volk bekannt, daß für die Arbeiter in Paris die Monatslöhne um eintausendfünftel erhöht werden. Schuman sagte, die französische Regierung habe zwei Gesetzentwürfe vorbereitet, die in Kürze der Nationalversammlung vorgelegt würden.
1. Erhöhung der Familienrenten vom 1. Dezember an.
2. Revision der bestehenden Bestimmungen über die Auszahlung der Kriegspensionen.
Der Premierminister forderte zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auf, da so sagte er, ein weiteres Andauern des Streiks für das Land eine Katastrophe bedeuten würde. Das gegenwärtige Kland Frankreichs wurde nur

Weiterbestehen der Währungsinheit. Ein Staatspräsident und zwei Kammern, deren Rechte und Pflichten näher umrissen werden, gewählt auf Grund einer Volksbefragung. Ein oberster Gerichtshof wird geschaffen. Allen Deutschen wird zugesichert: Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit, Religionsfreiheit und Freiheit vor willkürlicher Verhaftung.
Das britische Memorandum empfiehlt, daß Deutschland so schnell wie möglich ein wirtschaftliches Gleichgewicht erreichen soll, damit es seine wichtigsten Einfuhren bezahlen und den Besatzungsmächten die von ihnen vorgeschossenen Mittel zurückzahlen kann. Schließlich soll Deutschland die Rolle spielen, die ihm bei einem gesunden wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas zukommt.

Der französische Außenminister George Bidault verlas eine Erklärung über Deutschland, in der er heißt, die Festlegung der deutschen Grenzen müsse der Diskussion über den deutschen Friedensvertrag vorausgehen. Es sei nutzlos, so sagte Bidault, den Friedensvertrag zu erörtern, ohne genau das Gebiet des Landes zu kennen, über das gesprochen wird. Bidault erklärte, zwei Hauptentscheidungen müssen gefällt werden: 1. Beendigung der Transferierung von Bevölkerungsteilen nach Deutschland; 2. Garantie für die Sicherheit der Nachbarn Deutschlands und Schaffung günstiger Bedingungen für ihren wirtschaftlichen Wiederaufbau. Zur Saarfrage sagte Bidault, die von Frankreich unternommenen Schritte zur Elverückführung des Saargebietes in das französische Wirtschaftsgebiet seien dazu bestimmt, den Wünschen der dortigen Bevölkerung entgegenzukommen. Er forderte, die Entwicklung

des Saargebietes sollte Punkt eines Wirtschaftsabkommens zwischen den Großmächten sein. Bidault kündigte an, daß er auf einer späteren Sitzung über die Frage der Ruhr und des Rheinlandes sprechen werde, weil diese mit der Frage der Sicherheit zusammenhängen. Er forderte, daß die von der französischen Delegation auf der Moskauer Konferenz vorgeschlagenen kleineren Berechtigungen der deutsch-französischen Grenze auf der gegenwärtigen Sitzung besprochen werden sollten.

Der Friedensvertrag mit Oesterreich

London, 27. Nov. (Dena-Reuters) Die Sonderbeauftragten der vier Außenminister für den Friedensvertrag mit Oesterreich, die bis zum kommenden Dienstag ihren Bericht ausgearbeitet haben sollen, nahmen in ihrer ersten Sitzung sofort die Frage der Definition des Begriffes der deutschen Vermögenswerte in Oesterreich auf. Sie gingen hierbei unverzüglich auf die Erörterung des französischen Kompromißvorschlages ein, der die deutschen Vermögenswerte in zwei Kategorien einteilt, und zwar 1. Größere Objekte, wie die österreichische Erdölindustrie und die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, die für die Sowjetunion von größerem Interesse sind. Die unter diese Kategorie fallenden Werte sollen in das Eigentum der jeweiligen Besatzungsmacht übergeführt werden. 2. Langfristige Schulden, die Oesterreich zu einem angemessenen Zeitpunkt nach Abschluß der Friedensverträge in Sachwerten begleichen soll. Der Wert soll in Dollar berechnet werden. Zu einer Diskussion kam es im Verlauf der ersten Sitzung nicht. Der französische Sonderbeauftragte, General Paul Cherrere, legte den französischen Standpunkt dar.

Schuman an das französische Volk

„Die Regierung wird alles mögliche für die Arbeiter tun“

Paris, 27. Nov. (Dena-Reuters) Der neue französische Premierminister Robert Schuman gab in einer Rundfunkansprache an das französische Volk bekannt, daß für die Arbeiter in Paris die Monatslöhne um eintausendfünftel erhöht werden. Schuman sagte, die französische Regierung habe zwei Gesetzentwürfe vorbereitet, die in Kürze der Nationalversammlung vorgelegt würden.
1. Erhöhung der Familienrenten vom 1. Dezember an.
2. Revision der bestehenden Bestimmungen über die Auszahlung der Kriegspensionen.
Der Premierminister forderte zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auf, da so sagte er, ein weiteres Andauern des Streiks für das Land eine Katastrophe bedeuten würde. Das gegenwärtige Kland Frankreichs wurde nur

allmählich von gewissen Leuten ausgenutzt, welche versuchten, daraus politische Vorteile zu erzielen. Sein Kabinett werde das Exportprogramm revidieren, um der Inflation Einhalt zu gebieten.
Premierminister Robert Schuman erklärte abschließend, er wolle, daß das Vertrauen in Frankreich von jetzt ab wieder hergestellt werde. Alle Probleme könnten nicht an einem Tage gelöst werden. Die Regierung habe sich nicht anderes vorgenommen, als eine solide Gemeinschaft von Männern mit gutem Willen zu sein. Um erfolgreich zu sein, fordere sie die Unterstützung aller Franzosen die guten Willens seien.

Schuman stellt Vertrauensfrage

Paris, 27. Nov. (Dena-Reuters) Der französische Premierminister Robert Schuman beantragte am Donnerstagabend vor der französischen Nationalversammlung das Vertrauensvotum für sein erst fünf Tage altes Kabinett. Er erklärte, die Regierung werde nur im äußersten Fall bei der Bekämpfung der gegenwärtigen Streikkrise Gewalt anwenden. Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Weiterführung der für das Leben der Nation unerlässlichen Dienste sichern. Wir werden alle Sabotageakte bestrafen. Wir werden zunächst zu überreden versuchen und erst dann unsere Autorität zur Geltung bringen. Schumann sagte weiter, die am Mittwoch bekanntgegebene Entscheidung, allen Arbeitern 1300 Francs Lebensunterhaltungskosten zuzubilligen, stelle nur einen Teil des Regierungsprogramms dar. Weitere, die Stellung der Arbeiter betreffende Maßnahmen würden folgen. „Die Regie-

rung wird alles nur mögliche für die Arbeiter tun“, sagte Schuman, „aber gewisse Leute möchten aus dem Aufruhr Nutzen ziehen.“ Die Rede des Ministerpräsidenten fand in der Nationalversammlung nur „eine lauwarme Aufnahme“, da Schumanns Versprechungen, daß die Regierung energisch handeln werde, als zu vage angesehen wurden.

Die letzten Nachrichten über die Streiklage besagen, daß die Lebensmittelversorgung von Paris und anderen großen Städten ernstlich gefährdet ist. Berichte aus den Bergbaugebieten im Norden zeigen, daß die örtlichen Behörden auf ernste Unruhen vorbereitet sind.

Ueber 2 Millionen im Streik

Paris, 27. Nov. (Dena) Ueber 2 Millionen französische Arbeiter und Angestellte befanden sich am Donnerstagmorgen im Streik. Alle Anzeichen deuten auf eine weitere Ausbreitung der Ausstandsbewegungen hin, nachdem die am Mittwochabend von Premierminister Robert Schuman über den Rundfunk verbreiteten neuen Vorschläge der Regierung allgemein auf Ablehnung gestoßen sind.

Laut INS haben die Streiks inzwischen auf Frankreich-Afrika Übergreifen. Bis zum Freitag dürfte sich die Zahl der Streikenden auf über 3 Millionen erhöhen, wenn auch die französischen Beamten des Streikaufruf der kommunistischen kontrollierten Mehrheit des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT) nachkommen.

Auswirkungen des Streiks

Paris, 27. Nov. (Ap) Der syndikalistische Aktions-Ausschuß gab seinen Austritt aus dem Allgemeinen Gewerkschaftsverband (CGT) bekannt und wandte sich mit scharfen Worten gegen die Streikbewegung, als deren Ziel er die Verklammerung der Arbeiterklassen durch den Outlook bezeichnete. Die christlichen Gewerkschaften (CFTC), denen 900 000 Arbeiter angehören — gegenüber sechs Millionen im CGT — beteiligen sich nicht an den Streiks. — Inzwischen nehmen die Lebensmittelzufuhren nach der französischen Hauptstadt ständig ab.

Gerüchte um Bosch

Stuttgart, 27. Nov. (Eig. Ber.) Zu der Meldung des Marschalls Sokolowski, in der amerikanischen Zone würden Betriebe liquidiert, die ohne ausreichenden Grund zu Rüstungswerken gerechnet werden seien, während z. B. die Bosch-Werke Stuttgart nicht als solche gewertet würden, nahm der Betriebsrat und die Leitung der Bosch G. m. b. H. in zwei Resolutionen entscheidende Stellung. In der Entscheidung des Betriebsrates heißt es: „Die am 25. November versammelte Gewerkschaftsfunktionäre der Stuttgarter Bosch-Betriebe wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen Alarmanmeldungen über eine angeblich geforderte Demontage der Bosch-Werke, solange die Demontagemeldungen keine amtliche Bestätigung gefunden haben. Sie wenden sich im Namen der Belegschaft

Teilung Palästinas vor den UN

New York, 27. Nov. (Dena-Reuters) Die Präambel der Resolution zur Teilung Palästinas, die in spannungsgeladener Sitzung vom Palästina-Ausschuß der Vollversammlung angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die Vollversammlung der Vereinten Nationen empfiehlt dem Vereinigten Königreich als Mandatsmacht für Palästina und allen anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen im Hinblick auf die zukünftige Regierung Palästinas die Annahme und Durchführung des Teilungsplans, verbunden mit einer wirtschaftlichen Union und ersucht um folgende Maßnahmen:

1. Der Weltfriedensrat soll die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung des Teilungsplanes — so wie im Planungsbericht selbst vorgesehen — ergreifen.
2. Der Treuhänderrat wird von der Verantwortung, die ihm durch die Teilung Palästinas erwächst, in Kenntnis gesetzt. Die Vollversammlung ruft alle Einwohner Palästinas auf, alle Schritte zu ergreifen, die sich als notwendig erweisen, den Teilungsplan in die Tat umzusetzen. Die Vollversammlung appelliert weiter an alle Regierungen und Völker, sich jeder Handlung zu enthalten, welche eine Durchführung dieser Empfehlungen behindern oder verzögern könnte.“

Neuer Militärgouverneur

Stuttgart, 27. Nov. (Eig. Ber.) Mr. Charles M. Lefollette, der frühere Kongreßabgeordnete des Staates Indiana, wurde zum Militärgouverneur von Württemberg-Baden ernannt. Der Nachfolger von Mr. Sewall wird sein Amt voraussichtlich in einer Woche antreten. Mr. Lefollette ist 49 Jahre alt. Als Politiker hat er sich vor allem für die Gleichberechtigung aller Rassen und Religionen eingesetzt.

Der Exekutivrat in Bayern

München, 27. Nov. (Dena) Der gesamte Exekutivrat des Zweizonenwirtschaftsrates trat unter Führung seines Vorsitzenden Dr. Karl Specker in der Staatskanzlei mit dem bayerischen Kabinett zusammen. Gegenstand der Besprechungen sind die Beziehungen zwischen Bayern und dem Wirtschaftsrat. Einem Kommuniqué der bayerischen Staatskanzlei zufolge führten die Besprechungen zu einer „völligen Übereinstimmung in der Frage der Beziehungen der Länder zu den Einrichtungen des Wirtschaftsrates“ und brachten besonders zum Ausdruck, daß eine enge und dauernde Fühlungnahme mit den Landesregierungen die Voraussetzung für das erfolgreiche Arbeiten der bilateralen Einrichtungen ist.

Textilien zu Weihnachten

Pforzheim, 27. Nov. (Dena) Auf einer SPD-Versammlung erklärte der wirtschaftliche Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit, es stehe eine Lieferung von Textilien in Höhe von mehreren hundert Millionen Dollar aus amerikanischen Heeresbeständen bevor. Es sei vor allem mit der Lieferung von Schuhen, Strümpfen, Decken, und anderem zu rechnen. Die Decken, die zu einem großen Teil bereits in Württemberg-Baden eingetroffen seien, sollten wenn möglich noch vor Weihnachten umgearbeitet werden (in Wintermüteln), um so rechtzeitig an die Bedürftigen verteilt werden zu können.

Um die Erhaltung der Pressefreiheit

Berlin, 27. Nov. (AP) Trotz der Pressefreiheit in Westdeutschland sind Kräfte am Werk, die die freie Diskussion in Deutschland zu unterbinden suchen, erklärte der Leiter des Nachrichtenkontrollamtes bei der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, Oberst Tector, im Rahmen der Senderische „Freiheit gegen Totalitarismus“. Er forderte daher die Deutschen auf, vor allen Versuchen, die Presse zu unterdrücken, auf der Hut zu sein. Tector fügte hinzu, daß die amerikanische Militärregierung nicht von einer Propagandatechnik Gebrauch machen wolle, wie sie von den totalitären Regierungen so geschickt angewandt werde. Es sei das Bestreben der amerikanischen Militärregierung, dem deutschen Volke Gelegenheit zur Diskussion zu geben und ihm zu ermöglichen, die Vorteile eines freien Lebens ohne Bevormundung zu erkennen.

Welt-Rundschau

WASHINGTON (AP). Die Vereinigten Staaten haben England die Bereitstellung ziviler Seefahrer für den Transport von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nach Deutschland zum Ausgleich dafür vorgeschlagen, daß Amerika britische Debitverpflichtungen in den Westzonen übernehme wolle.

WASHINGTON (Dena-Reuters). Ein von dem amerikanischen republikanischen Senator George W. Malone im Senat eingebrachter Vorschlag, die Lieferverpflichtungen für Oesterreich, Frankreich und Italien auf 100 Millionen Dollar herabzusetzen, wurde mit 58 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Präsident Truman und das Außenministerium haben 200 Millionen für die drei Staaten gefordert.

LONDON (AP). Die Forschungsanstalten der englischen Bäckereindustrie hat durch die Anwendung von Hochfrequenz den Prozeß des Backens auf eine Dauer von fünf Minuten herabsetzen können. Der Brotteig wird zwischen Platten gelagert, welche hochfrequente Wellen ausstrahlen.

PARIS (Dena). Das französische Außenministerium beschließt, daß 19 „unverschämte Personen“ darunter verschiedene „weiße Russen“, die die sozialistische Nationalität nach dem Krieg erworben haben, aus Frankreich ausgewiesen werden sind.

PARIS (Dena-INS). Französische Marine-schiffe befinden sich auf dem Wege nach Hamburg, um ein 40 000 Tonnen schweres Schwimmschiff zu übernehmen, das Frankreich im Rahmen der Kriegszusammenarbeit zugesprochen worden ist.

KOPENHAGEN (Dena-INS). Etwa 70 000 Arbeiter des Verkehrswesens treten in Finnland in den Streik und haben damit das Land praktisch von der Außenwelt abgeschnitten. Der Streik beachte schnell den Telefon-, Telegraf-, Post- und Transportverkehr zum Erliegen. Als Grund für die Arbeitsniederlegung werden Lohnforderungen angeführt.

WIEN (Dena). Die ungarisch-österreichische Grenze wurde wegen zunehmender Schmuggels und zahlreicher gewalttätiger Grenzübertritte geschlossen. Seither wurden 670 Personen darunter 400 Deutsche, verhaftet, wovon die Hälfte nach Ungarn zurückkehren wolle.

ROM (Dena-INS). Giuseppe de Vittorio, bekannt als Italiens „Arbeiterzorn“, hat sich nach Paris begeben, um gemeinsame italienisch-französische Streikmaßnahmen vorzubereiten. De Vittorio, so heißt es in den Berichten, werde versuchen, am 1. Dezember sowohl in Frankreich als auch in Italien einen 24-stündigen „Versuchs“-Streik zu organisieren.

TRIEST (Dena-Reuters). Ein Lastwagen, der mit vier politischen Flüchtlingen aus Jugoslawien besetzt war, wurde bei dem Versuch, die Grenzposten zwischen Jugoslawien

und dem Freistaat Triest zu durchbrechen, von den jugoslawischen Grenzwachposten und britischen Truppen beschossen. Der Fahrer des Wagens wurde getötet und zwei der Insassen verletzt. Der vierte entkam unverletzt. Zwei der Insassen, ein Leiche des Fahrers und der Lastwagen wurden auf Verlangen an Jugoslawien ausgeliefert.

SOFIA (Dena-Reuters). Ein Vertrag für Zusammenarbeit, Freundschaft und gegenseitige Unterstützung zwischen Bulgarien und Jugoslawien wird am Donnerstag in Varna (Bulgarien) unterzeichnet werden.

JERUSALEM (Dena). Das Militärgericht verurteilte zwei jüdische Terroristen zum Tode, die überführt wurden im August d. J. einen Zug auf der Strecke Kairo-Italia ins Entgleisen gebracht zu haben.

Verzögerung der Ueberbrückungshilfe

Gesetzte Frist wird nicht eingehalten werden können

Washington, 27. Nov. (Dena-Reuters) Die zu erwartende Billigung der Ueberbrückungshilfe durch den Senat hat hier in amtlichen Kreisen nicht die Befürchtung vermindert, daß die endgültige Billigung durch den gesamten Kongreß nicht rechtzeitig genug erfolgen könnte, um eine Unterbrechung der Lieferungen für Frankreich und Italien zu verhindern. Außer der Behandlung der Gesetzesvorschläge für die sofortige Hilfe durch den Senat sind noch folgende schwerere Hindernisse zu überwinden. 1. Am Montag wird der auswärtige Ausschuß des Repräsentantenhauses formell die von ihm entworfenen Vorschläge einbringen, wovon die ursprünglichen Forderungen des Außenministeriums in Höhe von 200 Millionen Dollar 100 Millionen Dollar abgezogen und 60 Mill. Doll. an China rechnen werden sollen. 2. Frühstens Mitte der nächsten Woche wird das Repräsentantenhaus in einer Vollsitzung den Sofort-hilfplan diskutieren. Nach heftigen Erörterungen im Auswärtigen Ausschuß des Hauses ist es gut möglich, daß es bei der Vollsitzung zu einer noch längeren Debatte kommt als im Senat. 3. Die beiden Vorschläge — die des Repräsentantenhauses und des Senats — werden in der Sitzung eines gemeinsamen Ausschusses beider Häuser aufeinander abgestimmt

werden müssen. Wenn das Repräsentantenhaus auf seinen Kürzungen besteht und eine besondere Hilfe für China durchbringen will, können schwerwiegende Verzögerungen entstehen. 4. Auch nach einer offiziellen Billigung der Gesetzesvorlage muß der Haushaltsausschuß noch einmal die Einzelheiten des Plans überprüfen.

Es scheint bereits jetzt gewiß, daß die von Außenminister Marshall gestellte Frist, nämlich der 1. Dezember, nicht eingehalten werden kann. Nach Schätzungen sind bis zu diesem Zeitpunkt italienische Dollar-Reserven und eigene Mittel bereits völlig verbraucht. Die Frage, die zur Zeit maßgebende amerikanische und europäische Persönlichkeiten beschäftigt, ist, in welchem Umfang die Frist überschritten werden wird. Sie glauben, daß eine Verzögerung in der Verabschiedung des Sofort-hilfprogramms über mehrere Wochen sich nachteilig auf die augenblickliche politische Situation in Westeuropa auswirken könnte.

Washington, 27. Nov. (AP). Der Senat hat die endgültige Abstimmung über die Soforthilfe für Italien, Frankreich und Oesterreich bis zum Montag aufgeschoben. Er wird indessen am Freitag eine Sitzung abhalten, um die noch nicht erledigten Zusatzanträge zu erörtern.

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlichung unter Lizenz Nr. US 70 112. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Chefredaktion). Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim, Telefon 3601 und 3602. Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 23.

Total- oder Minimalfriede?

Die Friedenskonferenz in London Herbst hat nicht dort begonnen, wo sie im Frühjahr in Moskau endigte. Schien es in Moskau wirklich noch um den Friedensvertrag mit Deutschland und den Staatsvertrag über Österreich zu gehen, in London geht es um mehr. Zwischen Moskau und London liegt der Marshall-Plan für den Westen und die Sowjetisierung des Ostens. Seitdem spricht die Welt vom kalten Krieg. Kein Zweifel mehr ist möglich: der Friedensschluß mit Deutschland ist ein Friedensschluß der Sieger über Deutschland geworden. Er ist zur Funktion eines Weltfriedensschlusses in diesem kalten Kriege degradiert worden im gleichen Maße, wie Deutschland ohnmächtiges Objekt der Weltpolitik wurde. Dies ist jetzt wirklich die schlimmste Konsequenz des deutschen Zusammenbruchs: es droht ein dritter Weltkrieg; in der Form eines kalten Krieges, eines Nervens-, Propaganda- und Wirtschaftskrieges, der noch ehe der zweite sein formales Ende fand. Und das Primat der Weltpolitik heißt heute nicht mehr Friede mit Deutschland, es heißt Friede oder Unfriede zwischen den Alliierten, zwischen Ost und West und erst als sein sekundäres Ergebnis Friede oder Nichtfriede für Deutschland. Den deutschen Frieden hat der Gegensatz der Weltmächte in Ketten gelegt. Wer wollte zweieinhalb Jahre nach der Kapitulation zweifeln, daß dies das Furchtbarste für die Deutschen ist, furchtbarer als die ausgebrannten Städte, die zerstörten Millionen, demontierten Werke, entführten Patente, das entwertete Geld und die verklagten Gefangenen. Furchtbarer, weil es nach der Ausübung der Vergangenheit im Hagel der Bomben und der Vernichtung der Gegenwart im Niederbruch der Kapitulationsjahre auch die Zukunft in den gigantischen Untergang hinabreißt.

Haben in diesem grauenhaften Chore der Macht, des Mißtrauens und der Furcht die Stimmen der Menschlichkeit und des Rechtes überhaupt eine Chance? Können sie in den Herzen der vier Außenminister stark genug sein, die dissonanten Finessen und gewundenen Taktiken in einer Auseinandersetzung zu überbieten, die einmal diplomatisches Spiel geheißen haben mag und sich heute zum Kampf um Leben und Tod der Partei potentiert hat, zum Würfelspiel um die Welt Herrschaft. Auch die, welche mit den Stimmen der Menschlichkeit nach Versöhnung rufen, wissen sehr wohl zwischen dem vielleicht möglichen Idealfall eines totalen Friedens und dem menschenmöglichen Intermezzo eines Minimalfriedens zu unterscheiden. Der totale Friede, das wäre die große Einigung über nur zwei Worte: Freiheit und Demokratie. Diesem Friedensschluß der Geister und Begriffe folgten dann ohne Zwang die Verständigung im Raume, wo sich nach Schiller hart die Dinge stoßen, also die Versöhnung Rindlands mit dem Marshall-Plan, das Verbot der Atom-

bomben, die Revision vorläufiger, weil unhaltbarer Grenzen, die deutsche Einheit ohne allen Hinterhalt und die Rückkehr Osteuropas mit den Sowjetzonen Deutschlands und Oesterreichs in eine Demokratie für alle.

Solch totaler Friede erscheint gegenwärtig ferner denn je. Er verlangt zu viel. Der Minimalfriede hat bescheidenere Ziele. Er beschränkt sich auf das Menschliche und auf das Menschenmögliche. Er will nur wenig und doch schon viel: Beendigung des Kriegszustandes, auf den bedingungslos Kapitulierende zweieinhalb Jahre später ein bedingungsloses moralisches Recht haben. Ob die Alliierten sich einigen, ganz gar nicht oder halb, ob sie dies abermals verweigern, sie sollten nicht auseinandergehen, ohne den Kriegszustand mit Deutschland zu enden, durch ein Statut abzulösen, möge es Friedens-, Vorfriedens-, Separatfriedens- oder Besatzungsstatut heißen. Am besten gemeinsam; wäre das unmöglich, dann jeder einzeln. Dies erwartet der Deutsche aller Zonen als das mindeste von London: die Kündigung des Krieges unter völkerrechtlichen Lebensformen. Diese Formen aber sind jene Freiheiten und souveränen Rechte, die jedem unterschiedlos gebühren, der nicht mehr den Gesetzen des Krieges unterworfen ist. Peter Linz, L.

Loß für deutsche Presse

In der Sonderserie der Militärregierung gegen den Totalismus sprach der Herausgeber einer amerikanischen Zeitung, Mr. Raif E. McGill, über die deutsche Bevölkerung. Eingehend berichtete er über die Presse in der USA, deren oberstes Prinzip die objektive und allseitige Unterrichtung des Lesers mit Nachrichtenmaterial aller Art sei. Anerkennend äußerte sich der amerikanische Verleger über die neue deutsche Presse, die jetzt als Instrument des Volkswissens ein freies und schöpferisches Leben zu führen beginne. Die Berichterstattung der Zeitungen in den Westzonen sei objektiv und die Zeitungen äußerten furchtlos ihre Meinung. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen setzte sich Mr. McGill für den ungehinderten Zugang zu allen Nachrichtenquellen ein und begründete lebhaft, daß zu der Londoner Außenministerkonferenz auch deutsche Journalisten zugelassen wurden. Die objektive Informierung der Völker sei mit der Grundforderung des heutigen Lebens. „Die Wahrheit gewinnt ihre eigene Schlacht und die Unwahrheit weicht dahin, von den Menschen und der Geschichte gleichermaßen vergessen“, schloß Mr. McGill seine Ausführungen.

Erforschung der öffentlichen Meinung
Die „Frankfurter Presse“ veröffentlicht das Ergebnis einer Umfrage der „Jungen Union“ zur Erforschung der öffentlichen Meinung in Kulmbach und Umgebung, brennende Tagesfragen betreffend. Das Blatt berichtet u. a.: „Von 2000 Zeteln kamen nur 228 zurück. Für die politische Vereinigung aller vier Zonen stimmten 90 %. Die Entnazifizierung wurde von 75 % nicht als grundsätzliche Notwendigkeit erachtet. An eine friedliche Einigung zwischen USA und UdSSR glauben nur 19 %. Eine Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa fordern 62 %. Die Wiederkehr des Nationalsozialismus halten seltsamerweise noch 40 % für möglich.“ — gl.

Baden-Baden, aus Paris gesehen

A. F., Paris, im November.
Das Schicksal der französischen Besatzungszone hängt heute sowohl von der internationalen wie von der innerfranzösischen Entwicklung ab. Die internationale Politik wird über den Zonenzusammenschluß im Westen und über die zukünftigen Rechte einer deutschen Zentralregierung in der französischen Besatzungszone entscheiden. In Frankreich selbst wird zur Zeit zwischen Militärs und Zivilisten um die Vorrangstellung in der französischen Zonenverwaltung gerungen.

Der Gegensatz zwischen diesen beiden Kräften ist nicht neu. Seit beinahe zwei Jahren ist es die Absicht der französischen Regierung, die gesamte Verwaltung der Besatzungszone zivilen Instanzen unterzuordnen. In diesem Sinne war die Ernennung des Generalverwalters der Zone, Laffon, zu verstehen. General Koenig sollte als Befehlshaber der Besatzungsstruppen und als französischer Vertreter im alliierten Kontrollrat zusammenarbeiten, sämtliche Verwaltungsfragen sollten nur von zivilen Behörden entschieden werden. Dieser Beschluß kam nie zu einer praktischen Ausführung und die Demission des Generalverwalters Laffon, dem zwei hohe französische Beamte in Baden-Baden auf diesem Wege folgten, ist nur der Abschluß eines langen, leider erfolglosen Ringens gegen die tatsächliche Vormachtstellung der Militärs in der Zone. Zweimal hat das französische Parlament Untersuchungskommissionen entsandt. Die zuständigen Parlamentskommissionen haben wiederholt Verwaltungsreformen beschlossen und ihre Anwendung verlangt. Die sozialistische Partei insbesondere hat immer wieder durch ihren Sachbearbeiter Salomon Grumbach die Stärkung der Zivilbehörden und die Verminderung des militärischen Besatzungspersonals gefordert. Trotzdem ist es bis zum heutigen Tage General Koenig gelungen, die Vormachtstellung der Militärs erfolgreich zu verteidigen. Die Demission des Generalverwalters Laffon zwang nun der französischen Regierung eine grundsätzliche Entscheidung auf.

General Koenig hat versucht, Laffon sofort nach seiner Demission durch einen ihm genehmen Beamten zu ersetzen. Der

Generalverwalter hat aber erklärt, daß er bis zur Ernennung eines Nachfolgers durch Paris im Amt bleibe. Koenig wird von den Linksparteien wegen seiner gaullistischen Einstellung stark angegriffen. Die Sozialisten fordern erneut die Einführung einer wirklichen Zivilverwaltung in der Zone, und es ist anzunehmen, daß die Volksrepublikaner und der in dieser Frage zuständige Außenminister Bidault dem gaullistischen General nicht allzu gut gesinnt sind.

Dieser Verwaltungstreit wird natürlich von der internationalen Entwicklung überschattet. Durch den westlichen Zonenzusammenschluß und der Bildung einer deutschen Regierung würden die Machtbefugnisse der französischen Besatzungsbehörden wesentlich eingeschränkt. Man weiß, daß die deutschen Behörden in der französischen Zone in ihrer Bewegungsfreiheit stärker eingeschränkt sind als in der Bizone. Man denke nur an die bedeutenden Beschränkungen der verfassungsmäßigen Rechte der Landtage, an die sehr fühlbare Überwachung der deutschen Behörden und auch an die recht strenge Zensur von Presse und Radio. Im Falle eines Zonenzusammenschlusses wäre anzunehmen, daß die französischen Besatzungsbehörden im Interesse der Schaffung eines einheitlichen Rechtszustandes auf einen großen Teil ihrer bisherigen Vorrechte verzichten.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Pariser Regierung grundsätzlich ihre Zustimmung zu diesem Zonenzusammenschluß im Falle eines Scheiterns der Londoner Konferenz gegeben hat. Sowohl die Erfolglosigkeit dieser Konferenz wie die Aufgabe der Sonderkonferenz wie die französischen Kreise als Gewähr angesehen. Der Zonenzusammenschluß wird weder durch den kommunistischen Widerstand noch durch den Wunsch Goules, die Zone als Pfand für die Bewältigung der französischen Sicherheitsforderungen einzuhalten, aufzuhalten werden können, denn die Einigung zumindest der westdeutschen Gebiete ist nach Ansicht der Vereinigten Staaten eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Verwirklichung des Marshall-Planes.

Aus Südbaden

Beschleunigte Denazifizierung
Die französische Militärregierung hat eine Verordnung erlassen, um die Denazifizierung zu beschleunigen. Die Verordnung beauftragt die deutschen Landesregierungen, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, die die Gerichte insbesondere die Mitglieder der für verbrecherisch erklärten Organisationen, leitende Personen und Aktivisten der NSDAP oder der angeschlossenen Organisationen zu stellen und davon Abstand zu nehmen, die nur nominalen Mitglieder der Partei ohne Dienstrang und Funktion zu verfolgen, gegen die keine besonderen Beweise erhoben werden können. Gleichzeitig wird angeordnet, daß die nur nominalen Mitglieder der Partei oder der angeschlossenen Organisationen, von denen bereits Sanktionen erhoben worden sind, sich in Zukunft um alle Stellungen oder Beschäftigungen, sei es in öffentlichem oder privatem Dienst, bewerben können. — ts.

Ein schuldiger Bürgermeister
Freudenstadt. Im Gemeinderat gab es eine erregte Debatte über die Schuld an der Zerstörung der einstigen Kurstadt. Der ehemalige Bürgermeister der Stadt, Klepper, hatte u. a. erklärt, es sei damals niemand wegen einer rettenden Aktion zu ihm gekommen. Demgegenüber stellten die Freudenstädter Gemeinderäte, die noch einmal jene Schreckensstage aufrollen, an Hand einwandfreier Zeugenaussagen fest, daß Klepper sowohl gewußt habe, Freudenstadt sei von Gauleiter Murr nicht als Lazarettstadt anerkannt worden, müsse verteidigt werden, als auch wiederholt von Bürgern und besonders Frauen bestärkt worden sei, Freudenstadt zur Vermeidung weiterer Opfer zu übergeben. Die Erklärung für die passive Haltung Kleppers geht nach Auffassung der Freudenstädter Gemeinderäte aus einer Mitteilung des einstigen h. Bürgermeisters hervor, der sich am 18. April 1945 zu dem jetzigen Bürgermeister Rothfuß geäußert hat, daß Landrat, Bürgermeister, Polizei und Lazarettleitung letzten Endes den Befehlen Murr und Himmlers zu gehorchen hätten. Der Gemeinderat beschloß danach, alle Verantwortlichen an der heimischen Katastrophe zur Rechenschaft zu ziehen. — In den Vormittagsstunden sprang eine Mähre Patientin aus dem Fenster des 1. Stockwerkes im Krankenhaus St. Elisabeth. Die Unglückliche, die an zeitlichen Depressionen litt, war sofort tot. — Am Stadtrand von Ebingen vertrieben zwei Männer einen Schäfer durch Schüsse, raubten ein Schaf und schloßten es an Ort und Stelle ab. — In Reutlingen erbeuteten Einbrecher in einem Schuhgeschäft 112 Paar, in der Bisinger Schuhfabrik im Hechingen Kreis 212 Paar Schuhe. — ts.

Deutschland-Rundschau

Verordnete Westzonen:
Stuttgart (Dona) Der württembergische Ministerpräsident nahm einen Gesetzentwurf des Innenministeriums über die Verwaltung der Landestelle Württemberg-Baden an. Der Entwurf wird nunmehr dem Landtag als Regierungsvorlage zur Beschlußfassung vorgelegt werden.
Stuttgart (Dona) Die amerikanische Militärregierung für Deutschland hat das Gesetz zur sofortigen Durchführung der Bodenreform in der US-Zone genehmigt.
Buchen (Dona) Der Bauernverband Buchen überreichte dem württembergischen Landwirtschaftsminister Heinrich Stöck folgendes Telegramm: „Bauern des hiesigen Kreises lehnen Speckabgabe als untragbar ab. Bayern verlangt keine Speckabgabe. Eruchen um sofortige Aufhebung der Speckabgabepflicht.“
München (Dona) Elos Fleischmenge, die der Ration für 41 200 Normalverbraucher in einer Lebensmittelperiode entspricht, ist vom Gastwirt und Metzger Hans Limmer als Volkswirtschaftler (Landkreis Mainburg) in den letzten zwei Jahren unterschlagen worden. Limmer hat seit dem 1. Oktober Käse und Schweine im Gesamtgewicht von etwas über 11 Tonnen schwarzgeschlachtet und außerdem über 8 Tonnen Fleisch durch falsche Buchungen unterschlagen.
Krefeld (Dona) Die Delegierten der Eisenbahner von Nordrhein-Westfalen beschlossen auf einer Konferenz, die Urabstimmung über einen geplanten Eisenbahnstreik aufzuschieben. Der Streik war geplant worden, um die Forderung der Eisenbahner auf bessere Ernährung und Bekleidung, Wiederherstellung von Eisenbahnerwohnungen und Anerkennung der Bahn als Problemindustrie durchzusetzen. Die Forderungen der Eisenbahner waren am 23. September in

Mühlheim an der Ruhr auf einer Delegiertenkonferenz formuliert worden.
Frankfurt, 23. Nov. (Dona) Unter dem Verdacht, den deutschen Zivilisten Carl Slato niedergestochen zu haben, wurde der amerikanische Soldat Hicks verhaftet.
Hannover (Dona) In Bristol, der englischen Patenstadt von Hannover, werden gegenwärtig in den Schulen Schuhe und Schokolade gesammelt, die der Stadt Hannover als Weihnachtsgeschenk überandt werden sollen. Ferner ist für das Frühjahr 1948 geplant, mit dem Studenten-Austausch zwischen den beiden Städten zu beginnen.
Coburg (Dona) Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Coburger Stadtverwaltung forderten in einer Entschließung ein Disziplinarverfahren gegen das FDP-Stadtratmitglied Hans Jahn, der die Stadtverwaltung in einer Stadtratssitzung als dumm und faul bezeichnet hatte. Für den Fall der Ablehnung der Forderung wird ein Streik angedroht.
Sowjet-Zone:
Dresden (Dona) In einer Abstimmung über die Einheit Deutschlands entschieden sich laut Radio Berlin von 6011 Mitgliedern der Oberpostdirektion Dresden 871 oder 93 Prozent für die Einheit Deutschlands. Für einen Volksentscheid über die deutsche Einheit sprachen sich 88 Proz. der Belegschaftsmitglieder aus.
Dresden, 22 Prozent des gesamten Wintergetreides sind im Bundesland Sachsen bisher ausgeliefert worden, die Winterfurbe wurde zu 30 Prozent durchgeführt. bl.
Freital bei Dresden. Der Werkzeugschlosser Vierke hat einen Bohrstahl kontrolliert, der die Laufzeit des Arbeitsvorganges an dem anzufertigenden Stück gegenüber dem alten Arbeitslag um 20 Prozent verringert. bl.

Von Freien und Sklaven

Von Richards Huch
Der ganzen Gattung sei eine Satzung, eine ewige Satzung soll das sein zurechnen, das sie ihr. — 4. Mos. 15. 18.

Ein Volk ist immer nur eine Ausprägung der göttlichen Allseitigkeit, sowohl es unter sich bleibt, auf sich selbst angewiesen, würde es sich nach einer Richtung entwickeln und schließlich der Entartung durch Inzucht anheimfallen. Es soll also stets einen Zufluß von Fremden haben, aber diese sollten weder als Herren über ihm, noch als Sklaven unter ihm, sondern als gleichberechtigte, sondern es sollte sie mit sich verschmelzen, denn nur dadurch können sie seine Art erweitern und frisch erhalten. Ein Volk sollte also nicht mehr Fremde aufnehmen, als es sich assimiliere kann, und nur solche, die sich assimilieren lassen, damit seine Volkseinheit gegliedert, aber nicht zerstückelt werde. Sobald aber ein Volk reif wird und Bedürfnis nach dem Schmuck und Überfluß des Lebens bekommt, nimmt seine Verbrauchtheit zu und seine Arbeitskraft ab, und dies reizt seine Neigung, sich Zwangsarbeiter zu halten, sei es, daß es Fremde dazu gebraucht oder die eigenen Volksgenossen in Abhängigkeit herunterdrückt. Es gleicht einem Menschen, der sich gewöhnt hat, mehr zu essen, als er verdauen kann, nimmt er seine Zucht zu künstlichen Mitteln, um die Verdauungskraft zu unterstützen, so muß er diese Mittel fortwährend steigern, während die eigene Kraft immer schwächer wird. Darum ist das Reichwerden und der Luxus, was man auch zu seiner Verteidigung verbieten möge, für jedes Volk eine so gefährliche Klippe und gewöhnlich der Anfang seines Niedergangs.

ges. Mit dem Luxus vermehrt sich das Volk, aber nur an Zahl, nicht an Kraft; es vermehrt seine Knechte und bereichert seine Herren, die Spaltung also, die das Volk scheidet, vertieft sich.

Karlsruher Kammerspiele

Max Monato „Sylva“ Uraufführung
Über diesen Stück eines unbekanntem Autors, das von einer jungen, austretenden Bühne uraufgeführt wurde, liegt ein dunkler Schleier, ruht das Verhältnis der Gesellschaft leben, zur Verwirrung treibt. Ein sonst in der Literatur kaum angebotenes Problem wird darin angeschnitten, offen und ohne Tendenz, nicht pikant und prickelnd, wie man zuerst annehmen könnte, sondern durchaus ernst und freimütig aufgefaßt, interessant und niemals abstoßend. Durch das Motiv, Blutschwand zwischen Vater und Tochter, ist das Stück freilich nur für Menschen geeignet, die nicht prude sind und frei genug denken. Sie freilich werden aufatmend den vom Theater aus gesehenen geschickten Aufbau der Szenen und den menschlich ergreifenden Gesamtgestalteten Gesamtkonflikt verfolgen. Sie erleben, wie ein gesundes, frisches Mädel, wie diese Schifferstochter Sylva aus dem Kloster heimkehrte in die heimelige, wenn auch derbe Atmosphäre der „Marie-Louise“, des Schiffes ihres Vaters. Wie packend ist das Milieu geschildert und dramatisch gestaltet! Unabwandernd nimmt das Verhältnis seinen Lauf, als sie dort den Schiffsjungen Bink erblickte, ihm gut tut, Mutter wird und nicht weiß von wem, aus ihrer Bahn herausgerissen wird, bis sie zerbricht. Die hinterhältige Abgründigkeit des noch immer Geliebten, durch den der Vater ins Zuchthaus kommt, gibt ihr den Rest. Ist manches im Verlauf auch gekünstelt, scheint auch manches unzeit und nicht möglich zu sein,

so bleibt doch der lebendige Gesamteindruck. Es war ein Wagnis für die junge Karlsruher Bühne, das Wagnis ist aber voll gelungen. Denn dieses Stück zuzuführen, bedeutet für das Theater eine dankbare schauspielerische Aufgabe. Die Karlsruher Kammerbühne besitzt die Kräfte, die den Stoff mit warmem Leben erfüllen. Bernhard Haag als Sozialist hat nicht nur seinem Schiffer Rouchon philosophischen Gleichmut geschenkt, sondern der gesamten Aufführung jenes Gleichmaß gegeben, das nicht nur die Eindringlichkeit steigerte, sondern zugleich den Erfolg vergrößerte. In Hans Gierk fand er den kongenialen Verkörperer der diffizilen labilen Charakter des Vaters, dessen konvulsive Ausdrücke nicht geschaukelte waren, sondern impulsiv dem Erleben der Rolle entsprangen. Gleichfalls echt gab Josef Müller die Sylva wider, ganz jugendfröhliche Unschuld, hingebende Liebe, zurückhaltender Schmerz und zugleich immer ruhig und charmant, während Hans-Fred Kimmel als ihr Gegenpart die dämonische Verlorenheit des Donnanten bis zum Schluß steigend mephistophelisch zur trübseligen Charakterrolle verdichtete. Auch die episodisch aufgetaucht Nebenrollen wurden lebendig wiedergegeben: blühendes Leben hauchte Hans-Herbert Klempner Sylvas Paten Fleury mit seinem bezeichnenden Sprachfehler ein, er mimte auch den Gerichtspräsidenten mit bezwingender Ruhe. Die Gestaltung der Bühnenbilder durch Emil Burkard vertiefte den Eindruck des dramatischen Geschehens. Der zum Schluß erst scheinend immer wärmer einsetzende Beifall und die zahlreichen Blumen waren mehr als eine süßere Geste, vielmehr der spontane Ausdruck der innerlich von der Auführung gepackten Zuschauer. Der Beifall galt in gleicher Weise Regie, Schauspielern und dem anwesenden Dichter. Dr. Rolf Oberkamp.

Badisches Staatstheater Karlsruhe

Smetanas „Verkaufte Braut“
Die unverwundliche und gemütvollste Volkoper ohnehin auf dem Spielplan der Staatstheater wieder begründen zu können, verband sich mit der Freude an einer im ganzen wohlgeordneten Neuinszenierung unter der musikalisch reich und heiter durchschweifenden Stabführung Walter Borns. Lädt man die zeit- und ordnungstreu Abstriche liebevoll bei-seite, so kann der Gast Hanna Friederici für seine Vereinfachungen, aber dafür umso straffere Szenenführung gerechtfertigten Beifall buchen, den er zum Schluß mit den Künstlern, einschließlich Borns und der Szenenbildnerin Trude Kärner (als Gast auch sie) vom lebhaft antizipierten Publikum empfangen durfte. Im Rahmen des farbliebendigen Bildes der böhmischen Trachten, daran zumal auch die Gherdis recht frisch singenden Chöre und die anmutigen Tanzgruppen unter Bortoluzzis Führung ihren unerschütterten Anteil hatten, bestand auch das Solo-Ensemble die erwartete Probe. An der Spitze Elie Blank und Werner Schupp, der originelle Koral Schusters und der unüberwundliche Wenzel Kiefers — sämtlich als altgewohnte Liebe Bekannte. Neu, aber darum nicht weniger trefflich besetzt, fürten sich die beiden Elternpaare (Erwin Hofapp, Melanie Geiler, Eren Ramponi, Anke Neumann) erfreulich stimm- und spielsicher ein. Nur die Perle des Werks, das Sextett, litt unter gewissen harmonischen Trübungen. Umso blühender indessen löste sich um ihm die wunderbar angelegte letzte Arie der Marie durch Elie Blanks geradezu raffiniertest gestalterisch hochverblühende Kraft zu letztem Höhepunkt des Abends. Wie sie er-führen auch die zahlreich vorangegangenen Solo und Duette ihren verdienten Szenenbeifall. sehr.

Von den Hochschulen

Freiburg. In der theologischen Fakultät der Universität Freiburg wurde der Dozent für Religionswissenschaft und Apologetik Dr. Eugen Kaierich zum außerordentlichen Professor ernannt. — In der Philosophischen Fakultät wurde der römische Geschichtsforscher und Verfasser der beiden Fachwerke über Augustus und Konstantin, Dr. Karl Höbn (Merlingen) zum Honorarprofessor ernannt. — München. Dr. Franz Schnabel, der seitliche Ordinarius der Technischen Hochschule Karlsruhe, wurde auf die ordentliche Professur für mittlere und neuere Geschichte an der Universität München berufen. — Der Münchener Kulturhistoriker, Professor Dr. Walter Götz, der soeben seinen 80. Geburtstag feierte, wurde von der Berliner Akademie zum korrespondierenden Mitglied ernannt. — Heidelberg. Bei einem für drei großen Sozialisten Alfred Weber von der Heidelberger Universität durch die Berliner Akademie veranstalteten Empfang würdigte Prof. Mittes nach Begrüßungsworten des Berliner Rektors und Akademievorsitzenden Prof. Steius das Lebenswerk Prof. Webers. — ts.

Erfolgreiche deutsche Opern-Uraufführung. Als eine der ersten deutschen Opern-Uraufführungen der Nachkriegszeit wurde im Luftwaffenbau der Städtischen Bühnen Augsburg die Premiere der Oper „Pedro Crespo“ von Artur Schnitzler zu einem außerordentlichen Publikums-erfolg. Der Komponist, der sich auf dem Gebiete der Konzert- und Kirchenmusik vor allem durch die großen Kantaten „Sursum corda“ und das „Tagewerk“ einen Namen gemacht hat, war im Reich der Oper bis jetzt fast ein Unbekannter. Mit seinem „Pedro Crespo“ hatte der heute stiftliche Komponist in der Inszenierung des Intendanten Berthold Beckmann einen vielversprechenden Start. ts.

Alle Jahre wieder

Noch scheint uns zuweilen mild die Sonne, wenn wir die letzten leuchtenden Blumen des Jahres aus dem Garten holen: zartrosa und sattgelbe Astern, wohl auch verspätete Rosen. Noch ist die Allgütigkeit dem Menschen bei seinem Tagewerk behilflich, Feld und Flur auf den Winterschlaf vorzubereiten, der Jahr um Jahr der gleiche ist. Kurz bemessen freilich ist ihr Tageslauf — die Finsternis triumphiert, gibt in der mächtigen Sinfonie des Vergehens und Verblühens die dunklen, rauhen Töne an. Und dennoch — auch ohne Licht und Wärme blüht eine Rose, klein, still und gar nicht stolz. Harrt ihrer, einer beglückenden Zeit, die nun wohl abbrechen soll. Oh, wenn ich sie nicht selbst geschaut, ich wollte nicht recht glauben, daß es schon wieder so weit sei. Aber sie hat sich mir erschlossen, dort im Verborgenen — die liebliche Christrose.

Wie ein allererstes Weihnachtsmärchen war's am Rande der Straße erlebt. Es erzählte mir, daß die traute, die heimliche Zeit gekommen sei: Advent! Unser Herz und unser Heim, mag es auch noch so bescheldet sein, wollen wir ihm weit aufmachen. Das zu tun, ist uns doch geblieben. Ach, und viele gute Gedanken wollen wir dabei haben. Dann wird es schon lichter um uns werden...

Um Aufbau und Haushaltplan im Landkreis

Die letzte Sitzung in dieser Wahlperiode hielten die Kreistagsabgeordneten des Kreisverbandes Karlsruhe im Rathaus Kittingen ab. Landrat Groß führte den Vorsitz und gab einen umfassenden Rechenschaftsbericht über den nunmehr zwei Jahre währenden Wiederaufbau im Landkreis Karlsruhe. Er begann, nachdem Kreistag und Kreisrat ihre Tätigkeit aufgenommen hatten und ist dank zäher, beharrlicher Arbeit unter den gegebenen Umständen durchaus günstig verlaufen, so daß trotz vielfältiger Mängel und Schwierigkeiten mit weiteren sichtbaren Erfolgen gerechnet werden kann. Diese Mängel sind allseitig bekannt und betreffen den Landkreis wie den Stadtkreis im wesentlichen gleichermaßen. Auch um die größten Probleme der Zeit und des Tages — Fichtlingsunterbringung, Wohnraumbeschaffung, Ernährung — weiß man an maßgebender Stelle und ist ohne Unterlaß bemüht, das schwere Los all der Betroffenen nach Möglichkeit zu lindern. Mit gegenseitiger Hilfe ist wohl noch rascher und nachhaltiger voranzukommen.

Karlsruher Volkstheater

„Der Vetter aus Dingsda“ In einer gefälligen Aufführung, die dank der Regie Kurt Strobel und der musikalischen Leitung Werner Fellers in netter Aufmachung und — was das schauspielerische Moment anbelangt — in gelungenem Zusammenwirken präsentiert wurde, die obendrein die heitere und die sentimentale Seite gebührend zum Wort kommen ließ, brachte das „Volkstheater“ Kilianekes „Vetter aus Dingsda“ auf die Bühne. Das Einzige, das nicht zufriedenstellen konnte, waren die durchweg äußerst schwachen stimmlichen Leistungen. Irene Schmitt-Rens als Julia war in dieser Hinsicht ihrer Rolle nicht ganz gewachsen. Ihr Spiel intensen zeichnete sich durch ursprüngliche Frische bestens aus. Isa Ulrich als Hannah konnte ebenfalls gut gefallen. In bewährter Individualität verkörperte Walter Eisenlohr den Onkel, der Tante verließ Maria Leininger originelle und nicht unspannische Züge. F. H. Wagner war stimmlich zwar nicht auf der Höhe, doch vornehmlich sehr liebenswürdig und gewandtes Auftreten. Kurt Strobel charakterisierte einen in jeder Beziehung vorzüglichen Junggesellen, während Herbert Schibel als Roderich etwas farblos blieb. J. Guggenböhlers und K. Rabitschs Diener wirkten vorzüglich. Als geschmackvoll zu bezeichnen wäre noch das Bühnenbild Eugen Stadlers.

Ans den Konzerttellen

Man hatte — nach den früheren erfolgreichen Konzerten Roman Schimmlers urteilend — von seinem neuerlichen Violinabend ursprünglich mehr erwartet, als nur eine präzise und zwiefellos hervorragende, gekonnte Wiedergabe der das Programm bestimmenden Werke. Möglicherweise als Folge des

Wichtig für die Stadtratswahlen

An alle in der Wählerliste stehenden Wahlberechtigten sind Benachrichtigungen ausgegeben worden. Wer keine Benachrichtigung erhalten hat, steht nicht in der Wählerliste und kann am Wahlsonntag nicht wählen. Wer also keine Mitteilung besitzt, wo er am Wahlsonntag zu wählen hat, aber nach den gesetzlichen Bestimmungen wahlberechtigt ist, wird gebeten, auf der Wahlgeschäftsstelle im Stadtkartenrestaurant (Festplatz) seine Eintragung persönlich zu beantragen. Rechtskräftige Spruchkammerentscheidungen sind gegebenenfalls vorzulegen. Die Wählerliste wird Anfangs nächster Woche endgültig abgeschlossen, und eine Aufnahme nach dem 4. Dezember 1947 ist nicht mehr möglich. Die Wahlgeschäftsstelle ist vom Montag bis Freitag von 8-18 Uhr — am Samstag nur von 8-12 Uhr — durchgehend geöffnet. Ab 5. Dezember bleibt die Wahlgeschäftsstelle für jeglichen Verkehr geschlossen. Wer am Wahlsonntag verreiselt, muß sich rechtzeitig auf der Wahlgeschäftsstelle einen Stimmzettel besorgen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem in Karlsruhe ausgestellten Stimmzettel nur hier gewählt werden darf, und zwar von 9 Uhr vormittags bis abends 8 Uhr (18 Uhr). Außerdem kann am Wahlsonntag im Abstimmungsraum des Hauptbahnhofes (Vorhalle) von vormittags 8 Uhr bis abends 10 Uhr (22 Uhr) gewählt werden.

Schafft mehr Wohnraum

Auf einer Tagung der Karlsruher Hausbesitzer umringt der Vorstand des Vereins, Oberbürgermeister Dr. Werber, die Notlage des heutigen Hausbesitzer, der in einer Entscheidung besonderer Ausdruck gegeben wurde. Danach sind alle Kräfte der Bauwirtschaft auf beschleunigte Instandsetzung reparaturfähiger Wohnungen und Geschäftsräume zu konzentrieren. Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert, daß der private Hausbesitzer bei der Zuteilung von Baustoffen eine seiner Bedeutung und den erlittenen Kriegsschäden entsprechende Kontingente erhält. Gegen den zunehmenden Baustoffschwarzhandel sind energische Maßnahmen geboten. Die aufzulegende, nicht dringende Bedürfnisse, sondern nur der Geldanlage dienende Neubaufähigkeit auf dem Lande ist zugunsten der kriegsbeschädigten Stadt endlich zu unterbinden. Die Beschaffung von Ersatzwohnungen für Hauseigentümer und Mieter, die ihre Wohnungen für Zwecke der Besatzungsmacht freimachen müssen, erfordert eine ausreichende Sonderzuteilung von Baustoffen und die Heranziehung von Bauarbeitern aus den Landkreisen. Die Instandsetzung und Rettung beschädigter Häuser darf durch eine wirkliche kriegsfremde Planung nicht behindert oder gar unterbunden werden. Die Erfordernisse der baulichen Sanierung der Anbaugebiete sind mit der Erhaltung der Wirtschaftlichkeit des Haus- und Grundbesitz-

Die Plakatskille

Über Postauftrag in der 4. Woche und Ausgabe der Lebensmittelkarten für die 108. Zeit-Periode siehe unter Amt. Bekanntmachungen im Anzeigenteil. 28.

Die Plakatskille

Die Wahlvorschlagslisten für die Stadtratswahl sind in der neuen Ausgabe des Amtsblattes für den Stadtkreis Karlsruhe veröffentlicht. Auch werden die Wahlvorschlagslisten an den Plakatskille sowie durch Aushang in den Bezirksstellen bekanntgegeben. 28.

Wahlversammlungen. Heute abend 23 Uhr spricht in Durlach, Festhalle, der württembergisch-badische Wirtschaftsminister Dr. H. Veit in einer öffentlichen Wahlerversammlung der SPD. — In Karlsruhe spricht in der „Bavaria“ Landtagsabgeordneter Konz, ebenfalls um 23 Uhr.

Spruchkammer. Das Spruchkammerverfahren gegen den ehem. Bezirkschulrat Herrn. Feigenpütz aus Karlsruhe-Daxlanden wird am Sonntag, den 28. November, im Sitzungssaal der Oberpostdirektion durchgeführt. K-M.

Die SAZ gratuliert Frau Wilhelmine Heinsinger, Schneidermeisterwitwe, Karlsruhe, Lessingstraße, Na, feiert am 1. Dezember ihr 82. Geburtstag.

Das Zehner-Kabarett

Künstler aus München haben letzte Woche in der Kubel ein zweifelhafte Gastspiel. Das gute, das der Zehner-Kabarett voraussetzt, bewirkte an beiden Abenden ein ausverkauftes Haus. Das Kabarett brachte aus München eine Unerwartete Frische. Doherty, Gail, Wit und Humor sind es, was nur ein Quartett, ein vierköpfiges Quartett, das die gleiche, in Sonetten und in Duos, aber, da sowohl die zwei männlichen Partner, wie auch die weibliche Teil ausgereiften Künstler sind, bestand bei keinem Besucher ein Verlangen nach größerer besserer Abwechslung. An der Spitze der Künstlervereinsleitung steht H. M. Beckhaus, ein Ansager und Conférencier, ein Pflaenderer und Erzähler mit Geist, Wit und Humor, der unermüdlich seine Bonmots, seine Witze, seine innere und satirische Anspielungen, seine Anspielungen — ohne Unterschied der Partei — von Personen und Sachen dem Publikum vorsetzt, mit spitzem Pfeilen, die aber nicht verletzen, mit scharfem Spott, der aber nicht wehtut, und so immer die Lacher selbst die Betroffenen, auf seiner Seite hat. Am Flügel saß Mirki Wolf, auf dem Tasten so vielseitig wie sein Kollege im Vortrag dazu noch ein treffliches Saxophonist und Musiker, ein Genie in allen Sparten. Die weibliche Hälfte des Quartetts bestand

ist nicht mehr möglich. Die Wahlgeschäftsstelle ist vom Montag bis Freitag von 8-18 Uhr — am Samstag nur von 8-12 Uhr — durchgehend geöffnet. Ab 5. Dezember bleibt die Wahlgeschäftsstelle für jeglichen Verkehr geschlossen. Wer am Wahlsonntag verreiselt, muß sich rechtzeitig auf der Wahlgeschäftsstelle einen Stimmzettel besorgen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem in Karlsruhe ausgestellten Stimmzettel nur hier gewählt werden darf, und zwar von 9 Uhr vormittags bis abends 8 Uhr (18 Uhr). Außerdem kann am Wahlsonntag im Abstimmungsraum des Hauptbahnhofes (Vorhalle) von vormittags 8 Uhr bis abends 10 Uhr (22 Uhr) gewählt werden.

Kreis Bruchsal berichtet

In seiner letzten Sitzung beschloß der Bruchsaler Stadtrat die Beseitigung des Schutts in den Straßen, Ruinen und auf den Plätzen. Die Maßnahmen erfolgen aus Gründen der Verkehrssicherheit und im Interesse der öffentlichen Ordnung und Gesundheit. Leistungsfähige Baufirmen sollen nach Möglichkeit noch vor Einbruch des Winters die Aufräumungsarbeiten in Angriff nehmen. Die Stadt sieht von einer Beschlagnehmung der Trümmer ab; jeder Gebäudeeigentümer kann über die noch brauchbaren Gebäudereste selbst verfügen; für das Herauschaffen der Trümmer auf die Gelwege haben die Eigentümer die Borkenkäfers macht die Beseitigung der Fichten im Stadtfriedhof notwendig. — Die Kosten für die Haltenbekämpfung übernimmt die Stadtkasse. — Die freizuwandernde Stelle des Leiters des Stadt. Wohnungsamtes wird zur Bewerbung ausgeschrieben. — Durch Anlieferung von Koks kann nun wieder das Volksbad beheizt werden, bei milder Witterung ist auch das Durchheizen in den Schulen bis zum Beginn der Weihnachtsferien garantiert. — Der Stadtrat nahm davon Kenntnis, daß die Militärregierung zur Förderung der Jugend- und Freizeitbildung ein Klubhaus für Freizeitgestaltung errichten will. — Um in Bruchsal eine bessere, bisher ungenügende Schulversorgung zu erreichen, ist die Stadtverwaltung in Karlsruhe vorstellig geworden. — Die Stadtverwaltung richtet an die Öffentlichkeit die Bitte, noch vorhandene Bilder von stadtdienstlichem Wert auf der Sammelstelle im Rathaus abzugeben. Der größte Teil des Bildermaterials ging bei der Zerstörung am 1. März 1945 verloren.

Vorwürfe gegen das Wohnungsamt

Auf Vorwürfe des Vorsitzenden der KPD Karlsruhe F. K. H. Diets gegen Beamte des Wohnungsamtes Karlsruhe antwortet der Betriebsrat des Wohnungsamtes in einem offenen Brief, dem wir folgendes entnehmen:

In der öffentlichen Versammlung der KPD im Karlsruher Konzerthaus am 23. Nov. 47, haben Sie u. a. wörtlich ausgeführt: „Angehaltene des Wohnungsamtes teilen bevorzugt Wohnungen gegen Tabak und Lebensmittel zu“. Der unterzeichnete Betriebsrat sieht hierin einen Angriff auf die Beamten und Angestellten des Wohnungsamtes. Da unsere Behörde ohne jede Frage zu den mit allergrößter Arbeit betrauten Ämtern gehört und die Bediensteten demzufolge leichtfertigen Angriffen und böswilligen Unterstellungen ganz besonders ausgesetzt sind, hält es der Betriebsrat für seine seiner vornehmsten Pflichten, die Ehre der Kollegenschaft gegen Angriffe zu verteidigen. Wir haben es uns immer wieder zur Aufgabe gemacht, alle Vorwürfe der Bestechlichkeit im Benehmen mit der Amtsehrlichkeit einsehend zu überprüfen. Es ist in den letzten 15 Jahren trotz vieler Untersuchungen nicht ein Bestechungsfall festgestellt worden. Sie selbst sind Mitglied des Wohnungsausschusses und des von ihm gebildeten Überwachungsausschusses des Wohnungsamtes. Wenn Ihnen Fälle von Bestechlichkeit unter den Kollegen des Wohnungsamtes bekannt geworden sind, hätten Sie als Ausschussmitglied die Pflicht gehabt, der Direktion des Wohnungsamtes hiervon Mitteilung zu machen. Als die gewählten gewerkschaftlichen Vertreter der Beamten und Angestellten des Stadt. Wohnungsamtes Karlsruhe weisen wir Ihren ehrenrührigen Vorwurf auf das Entschiedenste zurück. Sollten Ihnen im Einzelnen Fälle bekannt sein, in welchen Angestellte des Wohnungsamtes unkorrekt gehandelt haben, so schlagen wir vor, daß Sie diese Fälle dem Betriebsrat und der Direktion des Wohnungsamtes in einer gemeinsamen Sitzung vortragen.

Kabarett-Notizen

Im „Pa-Pa“ ist es vor allem das Lange-Trio, dessen Antipodenspiele als Spitzenleistung Bewunderung finden. Bert und Milly, sowie die 3 M im Herpold's erziehen, während Thea und Fred Astor als Tanzpaar gefallt. Hermann Biass „eigene“ Note als Humorist ist erkennbar und Merle-Henry's Plauderei amüsant, doch nicht ganz ohne Hemmung und Nervosität. H.H. Im neuen Programm des Kabarett Roland, das wieder von Manco Freed konfiziert wird, ist es diesmal besonders der künstlerische Nachwuchs, der vornehmlich hervortritt. Toni Störchenbach überrascht und erfreut durch überdurchschnittlich-imponierende Leistungen als Jongleur in gleichem Maße, wie die 2 Riedella als jugendliche Xylophonvirtuosin zu gefallen wissen. Durchschnittlich Ulana Rulin in Tanz und Stepp und unterhaltend — doch nicht mehr — das Kurpala-Trio als Gesangsensemble. Kurt Grundmann — laut Ankündigung als „Sonderklasse“ — versucht Stürme der Heterkeit zu entfesseln. Daß ihm dies nicht immer gelingt, dafür ist er Komiker und kein Zauberer.

SPD: Zweierlei Maß

Gemeindefürer sind politische Wahlen. Keine der Parteien, die sich bisher zur Gemeindefürer geläuert haben, ging von der Gemeinde aus, sondern alle Parteien stellten in markanten Sätzen die Punkte heraus, die sie von den anderen Parteien trennen. Das ist gut so, weil es zur politischen Klärung und zu klaren Frontbildungen beiträgt. Man erkennt die materiellen Interessen und die ideologischen Kräfte, die die Parteien zusammenhalten.

CDU: Die Selbstverwaltung der Gemeinden

Die CDU steht auf dem Boden einer demokratischen Gemeindeverfassung, die durch den Willen des Volkes im Wege der Landesgesetzgebung festzulegen ist. Wie im Staat, so können wir auch in der Gemeinde keine Stände- und Besitzverhältnisse. Soweit die Neubürger noch nicht in den vollen Genuß der Gleichberechtigung mit den Altbürgern gekommen sind, ist der notwendige Ausgleich so bald wie möglich herbeizuführen. Jeder Versuch, in der Gemeinde eine Sippen-, Stände- oder Klassenherrschaft oder irgend eine Diktatur zu errichten, bekämpfen wir. Wir betrachten es als vornehmste Pflicht, eine Führung der Gemeindegeschäfte zu sichern, die beim gerechten Ausgleich der Interessen dem Gesamtwohl der Bürgerschaft dient. Für die Gemeinden und Kreise fordern wir das Recht der vollen Selbstverwaltung. Sowohl der Zentralismus der Weimarer Republik wie die Diktatur des dritten Reiches haben die kommunale Selbstverwaltung auf ungesunde und unterirdische Weise geschwächt. Um sie in vollem Umfang wiederherzustellen, verlangen wir die Demokratisierung der öffentlichen Verwaltungen, die klare Abgrenzung der Aufgabenverteilungen zwischen dem Staat und den Gemeinden, bzw. Gemeindeverbänden.

Wir gehen dabei vom Grundsatz der Allzuständigkeit der Gemeinden aus. Danach haben die Gemeinden als volkswirtschaftlicher Teil des Verwaltungssystems in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben nach örtlichem Bedürfnis und örtlicher Leistungsfähigkeit im Rahmen des Gesetzes unter eigener Verantwortung zu verwalten. Ausnahmen sind nur zulässig, soweit ganz besondere Staatsnotwendigkeiten es verlangen. Es widerspricht diesem Grundsatz, wenn neben der Gemeindeverwaltung immer mehr Sonderbehörden tätig werden und aus dem Aufgabenbereich der Selbstverwaltung stets weitere Abschnitte herausbrechen, oder wenn der Staat sein Aufsichtsrecht auf Angelegenheiten ausdehnt, die zum Zuständigkeitsbereich der Gemeindeverwaltung gehören, und dadurch die kommunale Bewegungsfreiheit über Gebühr einschränkt. Es ist unbedingt notwendig, die Einheit der Verwaltung in der örtlichen Instanz wiederherzustellen und für die Zukunft zu sichern. CDU Kreis Karlsruhe.

Badische Rundschau

Kreis Bruchsal berichtet

In seiner letzten Sitzung beschloß der Bruchsaler Stadtrat die Beseitigung des Schutts in den Straßen, Ruinen und auf den Plätzen. Die Maßnahmen erfolgen aus Gründen der Verkehrssicherheit und im Interesse der öffentlichen Ordnung und Gesundheit. Leistungsfähige Baufirmen sollen nach Möglichkeit noch vor Einbruch des Winters die Aufräumungsarbeiten in Angriff nehmen. Die Stadt sieht von einer Beschlagnehmung der Trümmer ab; jeder Gebäudeeigentümer kann über die noch brauchbaren Gebäudereste selbst verfügen; für das Herauschaffen der Trümmer auf die Gelwege haben die Eigentümer die Borkenkäfers macht die Beseitigung der Fichten im Stadtfriedhof notwendig. — Die Kosten für die Haltenbekämpfung übernimmt die Stadtkasse. — Die freizuwandernde Stelle des Leiters des Stadt. Wohnungsamtes wird zur Bewerbung ausgeschrieben. — Durch Anlieferung von Koks kann nun wieder das Volksbad beheizt werden, bei milder Witterung ist auch das Durchheizen in den Schulen bis zum Beginn der Weihnachtsferien garantiert. — Der Stadtrat nahm davon Kenntnis, daß die Militärregierung zur Förderung der Jugend- und Freizeitbildung ein Klubhaus für Freizeitgestaltung errichten will. — Um in Bruchsal eine bessere, bisher ungenügende Schulversorgung zu erreichen, ist die Stadtverwaltung in Karlsruhe vorstellig geworden. — Die Stadtverwaltung richtet an die Öffentlichkeit die Bitte, noch vorhandene Bilder von stadtdienstlichem Wert auf der Sammelstelle im Rathaus abzugeben. Der größte Teil des Bildermaterials ging bei der Zerstörung am 1. März 1945 verloren.

Vorwürfe gegen das Wohnungsamt

Auf Vorwürfe des Vorsitzenden der KPD Karlsruhe F. K. H. Diets gegen Beamte des Wohnungsamtes Karlsruhe antwortet der Betriebsrat des Wohnungsamtes in einem offenen Brief, dem wir folgendes entnehmen:

In der öffentlichen Versammlung der KPD im Karlsruher Konzerthaus am 23. Nov. 47, haben Sie u. a. wörtlich ausgeführt: „Angehaltene des Wohnungsamtes teilen bevorzugt Wohnungen gegen Tabak und Lebensmittel zu“. Der unterzeichnete Betriebsrat sieht hierin einen Angriff auf die Beamten und Angestellten des Wohnungsamtes. Da unsere Behörde ohne jede Frage zu den mit allergrößter Arbeit betrauten Ämtern gehört und die Bediensteten demzufolge leichtfertigen Angriffen und böswilligen Unterstellungen ganz besonders ausgesetzt sind, hält es der Betriebsrat für seine seiner vornehmsten Pflichten, die Ehre der Kollegenschaft gegen Angriffe zu verteidigen. Wir haben es uns immer wieder zur Aufgabe gemacht, alle Vorwürfe der Bestechlichkeit im Benehmen mit der Amtsehrlichkeit einsehend zu überprüfen. Es ist in den letzten 15 Jahren trotz vieler Untersuchungen nicht ein Bestechungsfall festgestellt worden. Sie selbst sind Mitglied des Wohnungsausschusses und des von ihm gebildeten Überwachungsausschusses des Wohnungsamtes. Wenn Ihnen Fälle von Bestechlichkeit unter den Kollegen des Wohnungsamtes bekannt geworden sind, hätten Sie als Ausschussmitglied die Pflicht gehabt, der Direktion des Wohnungsamtes hiervon Mitteilung zu machen. Als die gewählten gewerkschaftlichen Vertreter der Beamten und Angestellten des Stadt. Wohnungsamtes Karlsruhe weisen wir Ihren ehrenrührigen Vorwurf auf das Entschiedenste zurück. Sollten Ihnen im Einzelnen Fälle bekannt sein, in welchen Angestellte des Wohnungsamtes unkorrekt gehandelt haben, so schlagen wir vor, daß Sie diese Fälle dem Betriebsrat und der Direktion des Wohnungsamtes in einer gemeinsamen Sitzung vortragen.

SPD: Zweierlei Maß

Gemeindefürer sind politische Wahlen. Keine der Parteien, die sich bisher zur Gemeindefürer geläuert haben, ging von der Gemeinde aus, sondern alle Parteien stellten in markanten Sätzen die Punkte heraus, die sie von den anderen Parteien trennen. Das ist gut so, weil es zur politischen Klärung und zu klaren Frontbildungen beiträgt. Man erkennt die materiellen Interessen und die ideologischen Kräfte, die die Parteien zusammenhalten.

CDU: Die Selbstverwaltung der Gemeinden

Die CDU steht auf dem Boden einer demokratischen Gemeindeverfassung, die durch den Willen des Volkes im Wege der Landesgesetzgebung festzulegen ist. Wie im Staat, so können wir auch in der Gemeinde keine Stände- und Besitzverhältnisse. Soweit die Neubürger noch nicht in den vollen Genuß der Gleichberechtigung mit den Altbürgern gekommen sind, ist der notwendige Ausgleich so bald wie möglich herbeizuführen. Jeder Versuch, in der Gemeinde eine Sippen-, Stände- oder Klassenherrschaft oder irgend eine Diktatur zu errichten, bekämpfen wir. Wir betrachten es als vornehmste Pflicht, eine Führung der Gemeindegeschäfte zu sichern, die beim gerechten Ausgleich der Interessen dem Gesamtwohl der Bürgerschaft dient. Für die Gemeinden und Kreise fordern wir das Recht der vollen Selbstverwaltung. Sowohl der Zentralismus der Weimarer Republik wie die Diktatur des dritten Reiches haben die kommunale Selbstverwaltung auf ungesunde und unterirdische Weise geschwächt. Um sie in vollem Umfang wiederherzustellen, verlangen wir die Demokratisierung der öffentlichen Verwaltungen, die klare Abgrenzung der Aufgabenverteilungen zwischen dem Staat und den Gemeinden, bzw. Gemeindeverbänden.

Wir gehen dabei vom Grundsatz der Allzuständigkeit der Gemeinden aus. Danach haben die Gemeinden als volkswirtschaftlicher Teil des Verwaltungssystems in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben nach örtlichem Bedürfnis und örtlicher Leistungsfähigkeit im Rahmen des Gesetzes unter eigener Verantwortung zu verwalten. Ausnahmen sind nur zulässig, soweit ganz besondere Staatsnotwendigkeiten es verlangen. Es widerspricht diesem Grundsatz, wenn neben der Gemeindeverwaltung immer mehr Sonderbehörden tätig werden und aus dem Aufgabenbereich der Selbstverwaltung stets weitere Abschnitte herausbrechen, oder wenn der Staat sein Aufsichtsrecht auf Angelegenheiten ausdehnt, die zum Zuständigkeitsbereich der Gemeindeverwaltung gehören, und dadurch die kommunale Bewegungsfreiheit über Gebühr einschränkt. Es ist unbedingt notwendig, die Einheit der Verwaltung in der örtlichen Instanz wiederherzustellen und für die Zukunft zu sichern. CDU Kreis Karlsruhe.

Badische Rundschau

Kreis Bruchsal berichtet

In seiner letzten Sitzung beschloß der Bruchsaler Stadtrat die Beseitigung des Schutts in den Straßen, Ruinen und auf den Plätzen. Die Maßnahmen erfolgen aus Gründen der Verkehrssicherheit und im Interesse der öffentlichen Ordnung und Gesundheit. Leistungsfähige Baufirmen sollen nach Möglichkeit noch vor Einbruch des Winters die Aufräumungsarbeiten in Angriff nehmen. Die Stadt sieht von einer Beschlagnehmung der Trümmer ab; jeder Gebäudeeigentümer kann über die noch brauchbaren Gebäudereste selbst verfügen; für das Herauschaffen der Trümmer auf die Gelwege haben die Eigentümer die Borkenkäfers macht die Beseitigung der Fichten im Stadtfriedhof notwendig. — Die Kosten für die Haltenbekämpfung übernimmt die Stadtkasse. — Die freizuwandernde Stelle des Leiters des Stadt. Wohnungsamtes wird zur Bewerbung ausgeschrieben. — Durch Anlieferung von Koks kann nun wieder das Volksbad beheizt werden, bei milder Witterung ist auch das Durchheizen in den Schulen bis zum Beginn der Weihnachtsferien garantiert. — Der Stadtrat nahm davon Kenntnis, daß die Militärregierung zur Förderung der Jugend- und Freizeitbildung ein Klubhaus für Freizeitgestaltung errichten will. — Um in Bruchsal eine bessere, bisher ungenügende Schulversorgung zu erreichen, ist die Stadtverwaltung in Karlsruhe vorstellig geworden. — Die Stadtverwaltung richtet an die Öffentlichkeit die Bitte, noch vorhandene Bilder von stadtdienstlichem Wert auf der Sammelstelle im Rathaus abzugeben. Der größte Teil des Bildermaterials ging bei der Zerstörung am 1. März 1945 verloren.

Vorwürfe gegen das Wohnungsamt

Auf Vorwürfe des Vorsitzenden der KPD Karlsruhe F. K. H. Diets gegen Beamte des Wohnungsamtes Karlsruhe antwortet der Betriebsrat des Wohnungsamtes in einem offenen Brief, dem wir folgendes entnehmen:

In der öffentlichen Versammlung der KPD im Karlsruher Konzerthaus am 23. Nov. 47, haben Sie u. a. wörtlich ausgeführt: „Angehaltene des Wohnungsamtes teilen bevorzugt Wohnungen gegen Tabak und Lebensmittel zu“. Der unterzeichnete Betriebsrat sieht hierin einen Angriff auf die Beamten und Angestellten des Wohnungsamtes. Da unsere Behörde ohne jede Frage zu den mit allergrößter Arbeit betrauten Ämtern gehört und die Bediensteten demzufolge leichtfertigen Angriffen und böswilligen Unterstellungen ganz besonders ausgesetzt sind, hält es der Betriebsrat für seine seiner vornehmsten Pflichten, die Ehre der Kollegenschaft gegen Angriffe zu verteidigen. Wir haben es uns immer wieder zur Aufgabe gemacht, alle Vorwürfe der Bestechlichkeit im Benehmen mit der Amtsehrlichkeit einsehend zu überprüfen. Es ist in den letzten 15 Jahren trotz vieler Untersuchungen nicht ein Bestechungsfall festgestellt worden. Sie selbst sind Mitglied des Wohnungsausschusses und des von ihm gebildeten Überwachungsausschusses des Wohnungsamtes. Wenn Ihnen Fälle von Bestechlichkeit unter den Kollegen des Wohnungsamtes bekannt geworden sind, hätten Sie als Ausschussmitglied die Pflicht gehabt, der Direktion des Wohnungsamtes hiervon Mitteilung zu machen. Als die gewählten gewerkschaftlichen Vertreter der Beamten und Angestellten des Stadt. Wohnungsamtes Karlsruhe weisen wir Ihren ehrenrührigen Vorwurf auf das Entschiedenste zurück. Sollten Ihnen im Einzelnen Fälle bekannt sein, in welchen Angestellte des Wohnungsamtes unkorrekt gehandelt haben, so schlagen wir vor, daß Sie diese Fälle dem Betriebsrat und der Direktion des Wohnungsamtes in einer gemeinsamen Sitzung vortragen.

SPD: Zweierlei Maß

Gemeindefürer sind politische Wahlen. Keine der Parteien, die sich bisher zur Gemeindefürer geläuert haben, ging von der Gemeinde aus, sondern alle Parteien stellten in markanten Sätzen die Punkte heraus, die sie von den anderen Parteien trennen. Das ist gut so, weil es zur politischen Klärung und zu klaren Frontbildungen beiträgt. Man erkennt die materiellen Interessen und die ideologischen Kräfte, die die Parteien zusammenhalten.

CDU: Die Selbstverwaltung der Gemeinden

Die CDU steht auf dem Boden einer demokratischen Gemeindeverfassung, die durch den Willen des Volkes im Wege der Landesgesetzgebung festzulegen ist. Wie im Staat, so können wir auch in der Gemeinde keine Stände- und Besitzverhältnisse. Soweit die Neubürger noch nicht in den vollen Genuß der Gleichberechtigung mit den Altbürgern gekommen sind, ist der notwendige Ausgleich so bald wie möglich herbeizuführen. Jeder Versuch, in der Gemeinde eine Sippen-, Stände- oder Klassenherrschaft oder irgend eine Diktatur zu errichten, bekämpfen wir. Wir betrachten es als vornehmste Pflicht, eine Führung der Gemeindegeschäfte zu sichern, die beim gerechten Ausgleich der Interessen dem Gesamtwohl der Bürgerschaft dient. Für die Gemeinden und Kreise fordern wir das Recht der vollen Selbstverwaltung. Sowohl der Zentralismus der Weimarer Republik wie die Diktatur des dritten Reiches haben die kommunale Selbstverwaltung auf ungesunde und unterirdische Weise geschwächt. Um sie in vollem Umfang wiederherzustellen, verlangen wir die Demokratisierung der öffentlichen Verwaltungen, die klare Abgrenzung der Aufgabenverteilungen zwischen dem Staat und den Gemeinden, bzw. Gemeindeverbänden.

Wir gehen dabei vom Grundsatz der Allzuständigkeit der Gemeinden aus. Danach haben die Gemeinden als volkswirtschaftlicher Teil des Verwaltungssystems in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben nach örtlichem Bedürfnis und örtlicher Leistungsfähigkeit im Rahmen des Gesetzes unter eigener Verantwortung zu verwalten. Ausnahmen sind nur zulässig, soweit ganz besondere Staatsnotwendigkeiten es verlangen. Es widerspricht diesem Grundsatz, wenn neben der Gemeindeverwaltung immer mehr Sonderbehörden tätig werden und aus dem Aufgabenbereich der Selbstverwaltung stets weitere Abschnitte herausbrechen, oder wenn der Staat sein Aufsichtsrecht auf Angelegenheiten ausdehnt, die zum Zuständigkeitsbereich der Gemeindeverwaltung gehören, und dadurch die kommunale Bewegungsfreiheit über Gebühr einschränkt. Es ist unbedingt notwendig, die Einheit der Verwaltung in der örtlichen Instanz wiederherzustellen und für die Zukunft zu sichern. CDU Kreis Karlsruhe.

WIRTSCHAFTSRUNDSCHAU

Lohnerhöhungen — eine Forderung der Gewerkschaften

Auf der Gewerkschaftskonferenz aller vier Zonen in Bad Pyrmont wurde ein Ausgleich zwischen den Löhnen und Preisen gefordert. Die Konferenz richtete an den Kontrollrat die Bitte um Erlass einer Direktiva, die es den Gewerkschaften ermöglicht, Lohn- und Gehaltserhöhungen tariflich vereinbaren zu können, da die Arbeitslosigkeit infolge der Preissteigerungen nicht mehr in der Lage sei, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Statistik der Lebenshaltungskosten zeigt eine zwar langsame, aber dennoch stetige Erhöhung der Preise trotz des Preisstopps. Der Realwert der Löhne und die Kaufkraft des Geldes verlieren innerhalb des rationierten Abschnittes den Preisen gegenüber an Boden. Der Index liegt um rund ein Viertel über dem Stand von 1932 und um etwa ein Sechstel über jenem von 1945. Wenn es auch als ein Wunder bezeichnet werden kann, daß es den Preisbehörden gelungen ist, die Preise des rationierten Abschnittes nach Kräften festzuhalten, so läßt sich nicht leugnen, daß die Tarife für Bahn und Post, die Steuern, die Preise für Textilien, Hausrat, Schuhe und Reparaturen teilweise bedeutend erhöht worden sind. Die Durchbrechung des Preisstopps selbst in den „geschützten“ Preisen läßt den Lohnstopp Tag für Tag unsozialer werden. An Preissteigerungen ist angesichts der wirtschaftlichen Lage nicht zu denken. Da aber die Preise nicht zu den Löhnen zurückgebracht werden können, scheint die Forderung der Gewerkschaftskonferenz berechtigt, die Löhne zu den Preisen hinauszuführen.

Die Arbeiter mit niedrigen Tariflöhnen zu halten, schwarze Löhne für nicht geleistete Überstunden oder unberechtigte Trennungsentscheidungen einzutragen werden. Diese grauen und schwarzen Zuwendungen haben, ähnlich wie auf dem Gebiete der Ernährung, das offizielle Lohnnormalgefolge ins Wanken gebracht.

Wir versprechen uns von Lohnerhöhungen selbstverständlich keine Wunder auf dem Arbeitsmarkt. Aber wir halten es für notwendig, die Moral des anständigen deutschen Arbeiters, der trotz vieler „lilaer“ Lockungen in Form von Schwarzarbeit und Schwarzmarkt treu zu seinem Arbeitsplatz bleibt, dadurch zu stärken, daß man seinen berechtigten Forderungen nachgibt. Niemand kann guten Gewissens eine allgemeine Lohnbewegung nach oben befürworten. Aber die wichtigsten Mangelbereiche müssen trotz der Gefahr einer in Bewegung kommenden Lohn-Preisschraube mit Lohnrevisionen gestützt werden. Denn vor diesen Überlegungen stehen die menschlichen Forderungen auf gerechten und die Existenz sichernden Lohn. Oder sollen die Arbeitwilligen, die sich gegenüber den grauen und schwarzen Gestalten sowieso schon in der Lebenshaltung im Nachteil befinden, deren physische Kräfte, Arbeitsmoral und Arbeitsfreudigkeit auf eine schwere Probe gestellt ist, auch noch in ihrer Existenz durch eine zu magere Lohnhöhe gefährdet werden?

Dr. H.

Einführen in die Bizonne.

Berlin (AP). Während der ersten drei Novemberwochen wurden 123.600 to. Getreide und Mehl in die britisch-amerikanische Zone eingeführt. Damit erreicht die Gesamteinfuhr von Getreide und Mehl seit dem 1. Januar 1947 2,7 Mill. to. Diese eingeführten Mengen im Verein mit dem in Deutschland aufgebrauchten Getreide haben die Behörden in die Lage versetzt, angemessene Vorräte für den Winter herzustellen.

Ferner wurden im November unter anderem 1875 to. Walöl, 4000 to. Hülsenfrüchte, 1200 to. Trockenmilch, 1200 to. Kakaoöl und 100 to. sonstige Lebensmittel eingeführt.

Aufhebung des Klageschutzes. Die britische Militärregierung hat den bisher bestehenden Klageschutz für die Lebensversicherungs-Gesellschaften am 2. November durch eine Anordnung aufgehoben. Das Reichsaufsichtamt für das Rechnungswesen ist ermächtigt, zu bestimmen, in welchem Umfang eine Lebensversicherungs-Gesellschaft Zahlungen aus Lebensversicherungsverträgen zu leisten hat.

Medikamente aus USA-Heeresbeständen

Frankfurt. Medizinische Bedarfartikel im Werte von 626 181 Dollar wurden in der Zeit vom 25. September bis 21. Oktober der deutschen Wirtschaft aus amerikanischen Armeebeständen zur Verfügung gestellt. Dies ist ein Teil der insgesamt 19 1/2 Millionen Dollar betragenden Lieferungen medizinischer Bedarfsgüter an Deutschland. Die staatliche Erzeugnisse-Gesellschaft für öffentliche Gut (STEG) erhielt weitere 21 1/2 Mill. Schuldscheine und Abnahme im Werte von 24 1/2 Millionen.

Die Verwaltung für Wirtschaft wird in Zusammenarbeit mit STEG die Verteilung der im zentralen medizinischen Depot in Weinheim gelagerten medizinischen Bedarfsgüter und des Materials für Schuhreparaturen vornehmen.

Holland und das deutsche Problem

Unter den Sorgen der holländischen Regierung und unter den Problemen, mit denen sich die holländische Presse befaßt, steht die deutsche Frage immer noch an hervorragender Stelle. Denn die Folgen der deutschen Besetzung und des anschließenden Zusammenbruchs des Reichs machen sich noch immer in der holländischen Wirtschaft geltend.

Vor der Zeit des Hitlerregimes hatte Deutschland 15 Prozent des holländischen Gesamtexports absorbiert. Deutschland wurde damals als Kunde Hollands nur von Großbritannien übertroffen. Andererseits nahm Holland 8 1/2 Prozent des deutschen Gesamtexports auf, der 2 1/2 seiner Einfuhr darstellte. Der Ausfall Deutschlands muß sich infolgedessen im niederländischen Außenhandel einschneidend bemerkbar machen. Ohne den Zugang zum deutschen Hinterland kann die holländische Wirtschaft als ein Gebiet, welches sich vorwiegend auf Landwirtschaft, Verarbeitung und Transit stützt, nur schwer ihr Gleichgewicht wiederfinden.

Hollands Gesamtausfuhr erreichte 1946 einen Gesamtwert von 785 Millionen Gulden gegen 1.988 Millionen Gulden im Jahre 1938. Vier Fünftel dieser Ausfuhr bestanden in landwirtschaftlichen Produkten. Waren im Wert von 52 Millionen Gulden, darunter 30 1/2 in Landwirtschaftsprodukten, gingen davon nach Deutschland. Das bedeutet also, daß Deutschland 1946 nur noch 15 1/2 der holländischen Landwirtschaftsausfuhr aufnahm, und für das Jahr 1947 rechnet man nur noch mit 6 1/2, während in der Zeit, in welcher Deutschland das Aulark-Konzept auf die Spitze getrieben hatte, nämlich 1938, 17 1/2 der holländischen Landwirtschaftsausfuhr nach Deutschland gingen.

Angesichts dieser Tatsachen erwägt man in den Niederlanden, in welcher

Handel mit Deutschland erwünscht

Bremen (Dena). Die Schweiz und Italien wünschen die Wiederanknüpfung der früheren engen Geschäftsverbindungen mit Deutschland, erklärte der Präsident der Bremer Handelskammer, Martin Wilkens nach der Rückkehr von einer mehrwöchigen Reise in diese Länder. Nach Abbruch der Handelsbeziehungen zu Deutschland seien Holland und die Tschechoslowakei die Hauptbesteck- und Silberwarelieferanten der Schweiz und Italiens geworden, doch erfreuten sich die deutschen Artikel noch immer des gleichen guten Rufes wie früher, so daß der Wunsch bestehe, sie wieder aus Deutschland zu beziehen.

Ein besonderes Hindernis für den deutschen Export nach Italien bilde die italienische Währung, die zur Bezahlung deutscher Lieferungen von den zuständigen Stellen noch nicht zugelassen werde.

Form Deutschland als Kunde sowohl wie als Lieferant in der holländischen Wirtschaft ersetzt werden kann. Diese Erwägung ist umso dringender, als das Widerstreben der deutschen Industrie sicher nicht in absehbarer Zeit vollständig zur alten Höhe gelangt und vor allem nicht vollständig frei erfolgen wird.

Denn man verzögert in Holland nicht, was das Anwachsen des deutschen Industriepotentials nach sich ziehen kann, und die Holländer behalten trotz allen Gründen für die Intensivierung ihrer Beziehungen mit der deutschen Wirtschaft das Sicherheitsproblem ganz ähnlich im Auge, wie dies die Franzosen tun. Trotzdem bleiben ihre Tendenzen auf eine Verstärkung der holländisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen gerichtet, und das zwischen dem Haag und den anglo-amerikanischen Behörden der Doppelzone geschlossene Abkommen, nach welchem monatlich 200 000 to. Ruhrkohle via Rotterdam verschickt werden sollen, wird als ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und als ein nicht zu unterschätzender Beitrag zum Wiederaufbau des größten holländischen Hafens bewertet. (aep)

Förderung des Exports.

Frankfurt (Dena). Deutsche Export- und Importfirmen der Bizonne, die an dem Handel mit Frankreich, Belgien und Luxemburg interessiert sind, sollen in Kürze aufgeführt werden, die bezüglichen Anregungen an die zuständigen Außenhandelskontoren oder Wirtschaftsförderer einzureichen, teilte die Verwaltung für Wirtschaft mit.

Die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden sollen bei den in nächster Zeit stattfindenden Wirtschaftsverhandlungen mit Vertretern der betreffenden Länder erörtert werden.

Unsere Sport-Ecke

Sportvorläufe für Sonntag

Fußball. Oberriga. Eintracht Frankfurt — 09 Schweinfurt; VfB Stuttgart — VfR Mannheim. 1. FC Nürnberg — Rot-Weiß Frankfurt; 18. Urm-SpVgg Fürth; Wacker München — Stuttgarter Kickers; VfL Neckarau — 1886 München; Spfr Stuttgart — VfB Mühlburg; FSV Frankfurt — Offenbacher Kickers; Vikt. Aschaffenburg — Schw. Augsburg.

Landesliga, Gruppe Süd: VfR Pforzheim — Neureut; Phönix Karlsruhe — ASV Durlach; Mühlacker — Ettlingen; Durlach / Aue-Dillweidenstein; KFV — Weingarten; Knielingen — 1. FC Pforzheim; Daxlanden — Brötzingen.

Bezirksklasse: Söllingen — Söfderberg; Bergheim — Blankenloch; Hagfeld — Spfr Forchheim; Grötzingen — Hodsleben; FfT Forchheim — Mörsch; Bretten — Eggenstein.

Handball. Verbandsliga, Gruppe Süd: Odenheim — Daxlanden; Belerheim — Forst; Rintheim — Bretten; Blankenloch — Bulach; Grünwinkel — Linsenkheim.

Bezirksklasse, Staffel 1: Tsch Durlach — 09 Mühlacker; FröpsuSpVgg Khe — Müppurr; KTV — Neureut; Brötzingen — Ettlingen; Knielingen — Ettlingen. — 8-7.

Boxen: 23. 11. 20 Uhr. In der Festhalle Langensteinhach: Ettlingen — Langensteinhach, Sonderzug der Altbahn nach Langensteinhach und zurück.

Ringen: Germania Karlsruhe — Germania Bruchsal (16.30 Uhr Germania-Sportplatz); KSV Wiesental — Spv Brötzingen; KSV Kirchbach — Spv Weingarten; ASV Grötzingen — KSV Oestringen (Samstag, 18.30 Uhr, Grötzingen); KSV Durlach — Spv Brötzingen II (18.30 Uhr Durlach, Friedrichsschule); Germ. Bruchsal II — KSV Daxlanden.

Jugend: Bruchsal — Daxlanden; Grötzingen — Oestringen. P. K.

Die badischen Tischtennismeister

Am 22. und 23. Nov. 1947 wurden in Heidelberg die badischen Einzelmeisterschaften im Tischtennis für Herren, Damen und Jugend ausgetragen. Nach spannenden Kämpfen wurden Meister: Herren-Einzel: Tysoller (MSG-Mannheim), Herren-Doppel: Frommhold (Friedrichsweiler) und Nöld (TTC-Altenhof). Dameneinzel: Moser (MSG-Mannheim), Damendoppel: Gleichwiler Hellmann („TTC-Zuppelins“), Hochenheim. Jugend-Einzel: Wunderle (TSV-Vierheim), Jugend-Doppel: Hübner und Nelmann (ASV Durlach). Haas.

Der Boxkampf Max Schmeling-Hans Joachim Drägestein wird am 7. Dezember stattfinden.

Drägestein hat am Dienstag sein Training wieder aufgenommen, nachdem der Veranstalter Herbert Aschberger eine Verletzung des Kampfes um 8 Tage ablenkte. Der Kartenverkauf für Schmeling-Drägestein wird am 1. Dez. freigegeben. Alle bereits im Umlauf befindlichen Karten erwiesen sich als Falschdrucke. (Dena)

Auch von der Seite der Arbeitlenkung scheint eine Revision der Löhne wünschenswert.

Der Lohnanstieg etwa der Maurer und Metallarbeiter, oder derjenige der Land- und Forstarbeiter hat unterdurchschnittliche Tariflöhne „erstopt“, während gerade hier mit Lohnerhöhungen die Arbeitlenkung erleichtert werden könnte. Selbst die starren Verteidiger des vollständigen Lohnstopps müssen sich eingestehen, daß in vielen Berufen für die Lohnempfänger wegen der ungesunden Lohn-Preisrelation der Arbeitsanreiz verloren zu gehen droht oder auch schon verloren gegangen ist. Nicht nur, daß die Arbeitsämter für viele für den Aufbau lebenswichtigen Berufe keine Kräfte finden, darüber hinaus manövriert man sich mit dieser Politik in eine Zwangsarbeitspsychose, die politisch und wirtschaftlich gleich bedenklich und mit ein Grund ist, daß man zur Arbeitsverpflichtung hat greifen müssen. Es ist andererseits ebenso bedenklich, wenn, um diesen Anreiz doch zu schaffen, graue Löhne in Form von Naturalzuführungen gegeben werden müssen oder wenn, um

Gottesdienstverzeichniss

Evangelische Gottesdienste, Sonntag, 29. 11., Mattheuskirche: 9 Uhr, Wochenschlußgottesdienst, Sonntag, 30. 11., L. Advent, Daxlanden: 9 Uhr Wochenschlußgottesdienst, Sonntag, 30. 11., 9 Uhr, 10 Uhr, 11 Uhr, 12 Uhr, 13 Uhr, 14 Uhr, 15 Uhr, 16 Uhr, 17 Uhr, 18 Uhr, 19 Uhr, 20 Uhr, 21 Uhr, 22 Uhr, 23 Uhr, 24 Uhr, 25 Uhr, 26 Uhr, 27 Uhr, 28 Uhr, 29 Uhr, 30 Uhr, 31 Uhr, 1. Advent, 2. Advent, 3. Advent, 4. Advent, 5. Advent, 6. Advent, 7. Advent, 8. Advent, 9. Advent, 10. Advent, 11. Advent, 12. Advent, 1. Januar, 2. Januar, 3. Januar, 4. Januar, 5. Januar, 6. Januar, 7. Januar, 8. Januar, 9. Januar, 10. Januar, 11. Januar, 12. Januar, 13. Januar, 14. Januar, 15. Januar, 16. Januar, 17. Januar, 18. Januar, 19. Januar, 20. Januar, 21. Januar, 22. Januar, 23. Januar, 24. Januar, 25. Januar, 26. Januar, 27. Januar, 28. Januar, 29. Januar, 30. Januar, 31. Januar, 1. Februar, 2. Februar, 3. Februar, 4. Februar, 5. Februar, 6. Februar, 7. Februar, 8. Februar, 9. Februar, 10. Februar, 11. Februar, 12. Februar, 13. Februar, 14. Februar, 15. Februar, 16. Februar, 17. Februar, 18. Februar, 19. Februar, 20. Februar, 21. Februar, 22. Februar, 23. Februar, 24. Februar, 25. Februar, 26. Februar, 27. Februar, 28. Februar, 29. Februar, 1. März, 2. März, 3. März, 4. März, 5. März, 6. März, 7. März, 8. März, 9. März, 10. März, 11. März, 12. März, 13. März, 14. März, 15. März, 16. März, 17. März, 18. März, 19. März, 20. März, 21. März, 22. März, 23. März, 24. März, 25. März, 26. März, 27. März, 28. März, 29. März, 30. März, 31. März, 1. April, 2. April, 3. April, 4. April, 5. April, 6. April, 7. April, 8. April, 9. April, 10. April, 11. April, 12. April, 13. April, 14. April, 15. April, 16. April, 17. April, 18. April, 19. April, 20. April, 21. April, 22. April, 23. April, 24. April, 25. April, 26. April, 27. April, 28. April, 29. April, 30. April, 1. Mai, 2. Mai, 3. Mai, 4. Mai, 5. Mai, 6. Mai, 7. Mai, 8. Mai, 9. Mai, 10. Mai, 11. Mai, 12. Mai, 13. Mai, 14. Mai, 15. Mai, 16. Mai, 17. Mai, 18. Mai, 19. Mai, 20. Mai, 21. Mai, 22. Mai, 23. Mai, 24. Mai, 25. Mai, 26. Mai, 27. Mai, 28. Mai, 29. Mai, 30. Mai, 31. Mai, 1. Juni, 2. Juni, 3. Juni, 4. Juni, 5. Juni, 6. Juni, 7. Juni, 8. Juni, 9. Juni, 10. Juni, 11. Juni, 12. Juni, 13. Juni, 14. Juni, 15. Juni, 16. Juni, 17. Juni, 18. Juni, 19. Juni, 20. Juni, 21. Juni, 22. Juni, 23. Juni, 24. Juni, 25. Juni, 26. Juni, 27. Juni, 28. Juni, 29. Juni, 30. Juni, 1. Juli, 2. Juli, 3. Juli, 4. Juli, 5. Juli, 6. Juli, 7. Juli, 8. Juli, 9. Juli, 10. Juli, 11. Juli, 12. Juli, 13. Juli, 14. Juli, 15. Juli, 16. Juli, 17. Juli, 18. Juli, 19. Juli, 20. Juli, 21. Juli, 22. Juli, 23. Juli, 24. Juli, 25. Juli, 26. Juli, 27. Juli, 28. Juli, 29. Juli, 30. Juli, 1. August, 2. August, 3. August, 4. August, 5. August, 6. August, 7. August, 8. August, 9. August, 10. August, 11. August, 12. August, 13. August, 14. August, 15. August, 16. August, 17. August, 18. August, 19. August, 20. August, 21. August, 22. August, 23. August, 24. August, 25. August, 26. August, 27. August, 28. August, 29. August, 30. August, 1. September, 2. September, 3. September, 4. September, 5. September, 6. September, 7. September, 8. September, 9. September, 10. September, 11. September, 12. September, 13. September, 14. September, 15. September, 16. September, 17. September, 18. September, 19. September, 20. September, 21. September, 22. September, 23. September, 24. September, 25. September, 26. September, 27. September, 28. September, 29. September, 30. September, 1. Oktober, 2. Oktober, 3. Oktober, 4. Oktober, 5. Oktober, 6. Oktober, 7. Oktober, 8. Oktober, 9. Oktober, 10. Oktober, 11. Oktober, 12. Oktober, 13. Oktober, 14. Oktober, 15. Oktober, 16. Oktober, 17. Oktober, 18. Oktober, 19. Oktober, 20. Oktober, 21. Oktober, 22. Oktober, 23. Oktober, 24. Oktober, 25. Oktober, 26. Oktober, 27. Oktober, 28. Oktober, 29. Oktober, 30. Oktober, 1. November, 2. November, 3. November, 4. November, 5. November, 6. November, 7. November, 8. November, 9. November, 10. November, 11. November, 12. November, 13. November, 14. November, 15. November, 16. November, 17. November, 18. November, 19. November, 20. November, 21. November, 22. November, 23. November, 24. November, 25. November, 26. November, 27. November, 28. November, 29. November, 30. November, 1. Dezember, 2. Dezember, 3. Dezember, 4. Dezember, 5. Dezember, 6. Dezember, 7. Dezember, 8. Dezember, 9. Dezember, 10. Dezember, 11. Dezember, 12. Dezember, 13. Dezember, 14. Dezember, 15. Dezember, 16. Dezember, 17. Dezember, 18. Dezember, 19. Dezember, 20. Dezember, 21. Dezember, 22. Dezember, 23. Dezember, 24. Dezember, 25. Dezember, 26. Dezember, 27. Dezember, 28. Dezember, 29. Dezember, 30. Dezember, 1. Januar, 2. Januar, 3. Januar, 4. Januar, 5. Januar, 6. Januar, 7. Januar, 8. Januar, 9. Januar, 10. Januar, 11. Januar, 12. Januar, 13. Januar, 14. Januar, 15. Januar, 16. Januar, 17. Januar, 18. Januar, 19. Januar, 20. Januar, 21. Januar, 22. Januar, 23. Januar, 24. Januar, 25. Januar, 26. Januar, 27. Januar, 28. Januar, 29. Januar, 30. Januar, 1. Februar, 2. Februar, 3. Februar, 4. Februar, 5. Februar, 6. Februar, 7. Februar, 8. Februar, 9. Februar, 10. Februar, 11. Februar, 12. Februar, 13. Februar, 14. Februar, 15. Februar, 16. Februar, 17. Februar, 18. Februar, 19. Februar, 20. Februar, 21. Februar, 22. Februar, 23. Februar, 24. Februar, 25. Februar, 26. Februar, 27. Februar, 28. Februar, 29. Februar, 1. März, 2. März, 3. März, 4. März, 5. März, 6. März, 7. März, 8. März, 9. März, 10. März, 11. März, 12. März, 13. März, 14. März, 15. März, 16. März, 17. März, 18. März, 19. März, 20. März, 21. März, 22. März, 23. März, 24. März, 25. März, 26. März, 27. März, 28. März, 29. März, 30. März, 1. April, 2. April, 3. April, 4. April, 5. April, 6. April, 7. April, 8. April, 9. April, 10. April, 11. April, 12. April, 13. April, 14. April, 15. April, 16. April, 17. April, 18. April, 19. April, 20. April, 21. April, 22. April, 23. April, 24. April, 25. April, 26. April, 27. April, 28. April, 29. April, 30. April, 1. Mai, 2. Mai, 3. Mai, 4. Mai, 5. Mai, 6. Mai, 7. Mai, 8. Mai, 9. Mai, 10. Mai, 11. Mai, 12. Mai, 13. Mai, 14. Mai, 15. Mai, 16. Mai, 17. Mai, 18. Mai, 19. Mai, 20. Mai, 21. Mai, 22. Mai, 23. Mai, 24. Mai, 25. Mai, 26. Mai, 27. Mai, 28. Mai, 29. Mai, 30. Mai, 1. Juni, 2. Juni, 3. Juni, 4. Juni, 5. Juni, 6. Juni, 7. Juni, 8. Juni, 9. Juni, 10. Juni, 11. Juni, 12. Juni, 13. Juni, 14. Juni, 15. Juni, 16. Juni, 17. Juni, 18. Juni, 19. Juni, 20. Juni, 21. Juni, 22. Juni, 23. Juni, 24. Juni, 25. Juni, 26. Juni, 27. Juni, 28. Juni, 29. Juni, 30. Juni, 1. Juli, 2. Juli, 3. Juli, 4. Juli, 5. Juli, 6. Juli, 7. Juli, 8. Juli, 9. Juli, 10. Juli, 11. Juli, 12. Juli, 13. Juli, 14. Juli, 15. Juli, 16. Juli, 17. Juli, 18. Juli, 19. Juli, 20. Juli, 21. Juli, 22. Juli, 23. Juli, 24. Juli, 25. Juli, 26. Juli, 27. Juli, 28. Juli, 29. Juli, 30. Juli, 1. August, 2. August, 3. August, 4. August, 5. August, 6. August, 7. August, 8. August, 9. August, 10. August, 11. August, 12. August, 13. August, 14. August, 15. August, 16. August, 17. August, 18. August, 19. August, 20. August, 21. August, 22. August, 23. August, 24. August, 25. August, 26. August, 27. August, 28. August, 29. August, 30. August, 1. September, 2. September, 3. September, 4. September, 5. September, 6. September, 7. September, 8. September, 9. September, 10. September, 11. September, 12. September, 13. September, 14. September, 15. September, 16. September, 17. September, 18. September, 19. September, 20. September, 21. September, 22. September, 23. September, 24. September, 25. September, 26. September, 27. September, 28. September, 29. September, 30. September, 1. Oktober, 2. Oktober, 3. Oktober, 4. Oktober, 5. Oktober, 6. Oktober, 7. Oktober, 8. Oktober, 9. Oktober, 10. Oktober, 11. Oktober, 12. Oktober, 13. Oktober, 14. Oktober, 15. Oktober, 16. Oktober, 17. Oktober, 18. Oktober, 19. Oktober, 20. Oktober, 21. Oktober, 22. Oktober, 23. Oktober, 24. Oktober, 25. Oktober, 26. Oktober, 27. Oktober, 28. Oktober, 29. Oktober, 30. Oktober, 1. November, 2. November, 3. November, 4. November, 5. November, 6. November, 7. November, 8. November, 9. November, 10. November, 11. November, 12. November, 13. November, 14. November, 15. November, 16. November, 17. November, 18. November, 19. November, 20. November, 21. November, 22. November, 23. November, 24. November, 25. November, 26. November, 27. November, 28. November, 29. November, 30. November, 1. Dezember, 2. Dezember, 3. Dezember, 4. Dezember, 5. Dezember, 6. Dezember, 7. Dezember, 8. Dezember, 9. Dezember, 10. Dezember, 11. Dezember, 12. Dezember, 13. Dezember, 14. Dezember, 15. Dezember, 16. Dezember, 17. Dezember, 18. Dezember, 19. Dezember, 20. Dezember, 21. Dezember, 22. Dezember, 23. Dezember, 24. Dezember, 25. Dezember, 26. Dezember, 27. Dezember, 28. Dezember, 29. Dezember, 30. Dezember, 1. Januar, 2. Januar, 3. Januar, 4. Januar, 5. Januar, 6. Januar, 7. Januar, 8. Januar, 9. Januar, 10. Januar, 11. Januar, 12. Januar, 13. Januar, 14. Januar, 15. Januar, 16. Januar, 17. Januar, 18. Januar, 19. Januar, 20. Januar, 21. Januar, 22. Januar, 23. Januar, 24. Januar, 25. Januar, 26. Januar, 27. Januar, 28. Januar, 29. Januar, 30. Januar, 1. Februar, 2. Februar, 3. Februar, 4. Februar, 5. Februar, 6. Februar, 7. Februar, 8. Februar, 9. Februar, 10. Februar, 11. Februar, 12. Februar, 13. Februar, 14. Februar, 15. Februar, 16. Februar, 17. Februar, 18. Februar, 19. Februar, 20. Februar, 21. Februar, 22. Februar, 23. Februar, 24. Februar, 25. Februar, 26. Februar, 27. Februar, 28. Februar, 29. Februar, 1. März, 2. März, 3. März, 4. März, 5. März, 6. März, 7. März, 8. März, 9. März, 10. März, 11. März, 12. März, 13. März, 14. März, 15. März, 16. März, 17. März, 18. März, 19. März, 20. März, 21. März, 22. März, 23. März, 24. März, 25. März, 26. März, 27. März, 28. März, 29. März, 30. März, 1. April, 2. April, 3. April, 4. April, 5. April, 6. April, 7. April, 8. April, 9. April, 10. April, 11. April, 12. April, 13. April, 14. April, 15. April, 16. April, 17. April, 18. April, 19. April, 20. April, 21. April, 22. April, 23. April, 24. April, 25. April, 26. April, 27. April, 28. April, 29. April, 30. April, 1. Mai, 2. Mai, 3. Mai, 4. Mai, 5. Mai, 6. Mai, 7. Mai, 8. Mai, 9. Mai, 10. Mai, 11. Mai, 12. Mai, 13. Mai, 14. Mai, 15. Mai, 16. Mai, 17. Mai, 18. Mai, 19. Mai, 20. Mai, 21. Mai, 22. Mai, 23. Mai, 24. Mai, 25. Mai, 26. Mai, 27. Mai, 28. Mai, 29. Mai, 30. Mai, 1. Juni, 2. Juni, 3. Juni, 4. Juni, 5. Juni, 6. Juni, 7. Juni, 8. Juni, 9. Juni, 10. Juni, 11. Juni, 12. Juni, 13. Juni, 14. Juni, 15. Juni, 16. Juni, 17. Juni, 18. Juni, 19. Juni, 20. Juni, 21. Juni, 22. Juni, 23. Juni, 24. Juni, 25. Juni, 26. Juni, 27. Juni, 28. Juni, 29. Juni, 30. Juni, 1. Juli, 2. Juli, 3. Juli, 4. Juli, 5. Juli, 6. Juli, 7. Juli, 8. Juli, 9. Juli, 10. Juli, 11. Juli, 12. Juli, 13. Juli, 14. Juli, 15. Juli, 16. Juli, 17. Juli, 18. Juli, 19. Juli, 20. Juli, 21. Juli, 22. Juli, 23. Juli, 24. Juli, 25. Juli, 26. Juli, 27. Juli, 28. Juli, 29. Juli, 30. Juli, 1. August, 2. August, 3. August, 4. August, 5. August, 6. August, 7. August, 8. August, 9. August, 10. August, 11. August, 12. August, 13. August, 14. August, 15. August, 16. August, 17. August, 18. August, 19. August, 20. August, 21. August, 22. August, 23. August, 24. August, 25. August, 26. August, 27. August, 28. August, 29. August, 30. August, 1. September, 2. September, 3. September, 4. September, 5. September, 6. September, 7. September, 8. September, 9. September, 10. September, 11. September, 12. September, 13. September, 14. September, 15. September, 16. September, 17. September, 18. September, 19. September, 20. September, 21. September, 22. September, 23. September, 24. September, 25. September, 26. September, 27. September, 28. September, 29. September, 30. September, 1. Oktober, 2. Oktober, 3. Oktober, 4. Oktober, 5. Oktober, 6. Oktober, 7. Oktober, 8. Oktober, 9. Oktober, 10. Oktober, 11. Oktober, 12. Oktober, 13. Oktober, 14. Oktober, 15. Oktober, 16. Oktober, 17. Oktober, 18. Oktober, 19. Oktober, 20. Oktober, 21. Oktober, 22. Oktober, 23. Oktober, 24. Oktober, 25. Oktober, 26. Oktober, 27. Oktober, 28. Oktober, 29. Oktober, 30. Oktober, 1. November, 2. November, 3. November, 4. November, 5. November, 6. November, 7. November, 8. November, 9. November, 10. November, 11. November, 12. November, 13. November, 14. November, 15. November, 16. November, 17. November, 18. November, 19. November, 20. November, 21. November, 22. November, 23. November, 24. November, 25. November, 26. November, 27. November, 28. November, 29. November, 30. November, 1. Dezember, 2. Dezember, 3. Dezember, 4. Dezember, 5. Dezember, 6. Dezember, 7. Dezember, 8. Dezember, 9. Dezember, 10. Dezember, 11. Dezember, 12. Dezember, 13. Dezember, 14. Dezember, 15. Dezember, 16. Dezember, 17. Dezember, 18. Dezember, 19. Dezember, 20. Dezember, 21. Dezember, 22. Dezember, 23. Dezember, 24. Dezember, 25. Dezember, 26. Dezember, 27. Dezember, 28. Dezember, 29. Dezember, 30. Dezember, 1. Januar, 2. Januar, 3. Januar, 4. Januar, 5. Januar, 6. Januar, 7. Januar, 8. Januar, 9. Januar, 10. Januar, 11. Januar, 12. Januar, 13. Januar, 14. Januar, 15. Januar, 16. Januar, 17. Januar, 18. Januar, 19. Januar, 20. Januar, 21. Januar, 22. Januar, 23. Januar, 24. Januar, 25. Januar, 26. Januar, 27. Januar, 28. Januar, 29. Januar, 30. Januar, 1. Februar, 2. Februar, 3. Februar, 4. Februar, 5. Februar, 6. Februar, 7. Februar, 8. Februar, 9. Februar, 10. Februar, 11. Februar, 12. Februar, 13. Februar, 14. Februar, 15. Februar, 16. Februar, 17. Februar, 18. Februar, 19. Februar, 20. Februar, 21. Februar, 22. Februar, 23. Februar, 24. Februar, 25. Februar, 26. Februar, 27. Februar, 28. Februar, 29. Februar, 1. März, 2. März, 3. März, 4. März, 5. März, 6. März, 7. März, 8. März, 9. März, 10. März, 11. März, 12. März, 13. März, 14. März, 15. März, 16. März, 17. März, 18. März, 19. März, 20. März, 21. März, 22. März, 23. März, 24. März, 25. März, 26. März, 27. März, 28. März, 29. März, 30. März, 1. April, 2. April, 3. April, 4. April, 5. April, 6. April, 7. April, 8. April, 9. April, 10. April, 11. April, 12. April, 13. April, 14. April, 15. April, 16. April, 17. April, 18. April, 19. April, 20. April, 21. April, 22. April, 23. April, 24. April, 25. April, 26. April, 27. April, 28. April, 29. April, 30. April, 1. Mai, 2. Mai, 3. Mai, 4. Mai, 5. Mai, 6. Mai, 7. Mai, 8. Mai, 9. Mai, 10. Mai, 11. Mai, 12. Mai, 13. Mai, 14. Mai, 15. Mai, 16. Mai, 17. Mai, 18. Mai, 19. Mai, 20. Mai, 21. Mai, 22. Mai, 23. Mai, 24. Mai, 25. Mai, 26. Mai, 27. Mai, 28. Mai, 29. Mai, 30. Mai, 1. Juni, 2. Juni, 3. Juni, 4. Juni, 5. Juni, 6. Juni, 7. Juni, 8. Juni, 9. Juni, 10. Juni, 11. Juni, 12. Juni, 13. Juni, 14. Juni, 15. Juni, 16. Juni, 17. Juni, 18. Juni, 19. Juni, 20. Juni, 21. Juni, 22. Juni, 23. Juni, 24. Juni, 25. Juni, 26. Juni, 27. Juni, 28. Juni, 29. Juni, 30. Juni, 1. Juli, 2. Juli, 3. Juli, 4. Juli, 5. Juli, 6. Juli, 7. Juli, 8. Juli, 9. Juli, 10. Juli, 11. Juli, 12. Juli, 13. Juli, 14. Juli, 15. Juli, 16. Juli, 17. Juli, 18. Juli, 19. Juli, 20. Juli, 21. Juli, 22. Juli, 23. Juli, 24. Juli, 25. Juli, 26. Juli, 27. Juli, 28. Juli, 29. Juli, 30. Juli, 1. August, 2. August, 3. August, 4. August, 5. August, 6. August, 7. August, 8. August, 9. August, 10. August, 11. August, 12. August, 13. August, 14. August, 15. August,